

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, Tagblatt-Druck.
Erscheinungszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 10631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 96 M.-Pfg., in den Ausgabestellen: 96 M.-Pfg., durch die Träger
ins Haus gebracht: 1.10 M. für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen
an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer
Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 20 M.-Pfg., auswärt. Anzeigen 30 M.-Pfg., 3. u. 4. Anzeigen 10 M.-Pfg.,
auswärt. Anzeigen 15 M.-Pfg. für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Für die Auf-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. —
Schluß der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Polizeidirektion: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Nr. 101.

Mittwoch, 22. April 1931.

79. Jahrgang.

Das geglückte Volksbegehren.

Die Mindesteintragungsziffer überschritten. — Die nächsten Schritte.
Kommt es zum Volksentscheid?

Ein langwieriges Verfahren.

as. Berlin, 22. April. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) Das Volksbegehren zur Auflösung des
Preussischen Landtages ist nach den Angaben des Stahl-
helms geglückt. Diese Mitteilung hat der Stahlhelm
bereits gestern nachmittags gemacht, noch ehe die letzten
Stunden der Eintragungssfrist verstrichen waren.
Daraus ergibt sich, daß es sich nur um eine vor-
läufige Zählung handelt. Der Stahlhelm selbst
kündigt auch für heute abend weitere Zahlen an. Erst
aus diesen wird man ersehen können, in welchem Maße
die Mindesteintragungsziffer von 5,27 Millionen über-
schritten wurde. Um einen Maßstab zur Bewertung
der Eintragungsziffern zu erhalten, sei daran erinnert,
daß

die hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien
bei den letzten Reichstagswahlen in Preußen rund
9,5 Millionen Stimmen aufbrachten.

Diese Ziffer ist nun — das kann heute schon gesagt
werden — bei weitem nicht erreicht worden. So weit
sich die Dinge bisher übersehen lassen, war im Osten,
namentlich in Pommern und Ostpreußen, die Beteili-
gung stark, während die Großstädte zum Teil erheblich
hinter den Erwartungen zurückblieben. In Berlin
zeichneten sich statt der erforderlichen 20 Prozent der
Wahlberechtigten nur etwa 13 Prozent ein, und in den
Großstädten des Westens wird noch nicht einmal überall
diese Ziffer erreicht. Das endgültige amtliche Ergeb-
nis der Einzeichnungen wird lange auf sich warten
lassen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen gehen die
Einzeichnungslisten nun erst wieder an den Stahlhelm,
der sie zusammenstellt, die Einzeichnungen zusammen-
rechnet und dann die Listen dem preussischen Landes-
wahlleiter übersenden muß. Dazu hat der Stahlhelm
acht Wochen Zeit. Rührt der Stahlhelm diese Frist voll
aus, so würden die Listen also erst im zweiten Drittel
des Juni in den Händen des Wahlleiters sein, der nun
auch drei bis vier Wochen zur Durchprüfung der Listen
gebrauchen dürfte. Allerdings wird man vorher ein
vorläufiges amtliches Resultat bekannt geben. Der
preussische Innenminister hat nämlich die Gemeinden

zum Bericht aufgefordert. Dadurch wird es möglich
sein,

heute in acht Tagen ein vorläufiges amtliches Er-
gebnis der Einzeichnungsziffer bekannt zu geben.

Da nun, wie gesagt, der Landeswahlleiter die Prüfung
der Listen möglicherweise erst im Juli beenden kann,
so ergibt sich, daß der Landtag selbst vor diesem Zeit-
punkt zum Volksbegehren, das heißt zur Auflösungs-
frage nicht Stellung nehmen kann. Lehnt der Landtag
— was anzunehmen ist — die Auflösung ab, so kommt
es zum Volksentscheid. Beim Volksentscheid müßten
13,5 Millionen Stimmen für die Auflösung aufgebracht
werden, wenn der Entscheid erfolgreich sein soll. Mit
anderen Worten, die hinter dem Volksbegehren stehen-
den Parteien müßten zu ihren Reichstagsstimmen noch
rund 4 Millionen andere Stimmen aus einem Rezer-
voir aufbringen. Die Aussichten hierfür kann man
getrost als recht gering bezeichnen.

Eine andere Frage ist, ob etwa die preussischen
Regierungsparteien sich dazu entschließen, die
Amtszeit des Preussischen Landtags abzukürzen
und Neuwahlen für den Herbst auszuschieben.

Derartige Nachrichten tauchten vor einiger Zeit auf.
Sie wurden dann prompt dementiert, aber wir möchten
meinen, daß man heute noch nicht sagen kann, wie die
gesamtpolitische Lage, die doch für solche Entschlüsse
maßgebend ist, etwa im Spätsommer sein wird. Das
letzte Wort in dieser Frage dürfte deshalb heute noch
nicht gesprochen sein.

Was nun schließlich das Echo betrifft, das die Mit-
teilung des Stahlhelms über das geglückte Volksbe-
gehren in der Berliner Presse auslöste, so kann man
sagen, daß man auf der rechten Seite der Nachricht mit Be-
friedigung, aber, wie die „Deutsche Tageszeitung“ sagt,
nicht mit Frohlocken aufnimmt. Auf der anderen
Seite steht die „Vossische Zeitung“ nicht etwa die 6,5
Millionen Eintragungen als das Entscheidende an,
sondern die Tatsache, daß sich 20 Millionen Wähler
nicht eingetragen haben. Deshalb, so meint das Blatt,
kann die preussische Regierung mit dem Ergebnis
außerordentlich zufrieden sein. Man ist also auf beiden
Seiten zufrieden, oder gibt sich wenigstens den Anschein,
es zu sein.

Rückkehr in die Wilhelmstraße.

Politik im Kurort zu treiben, ist in Deutschland von
Jahr zu Jahr moderner geworden. Während der
Reichsminister und der Reichsaußenminister ihren drei-
wöchigen Osterurlaub in Badenweiler verlebten,
ist das Wort aufgekommen: Das Reich wird von
Badenweiler aus regiert. Und wirklich haben die bei-
den führenden Kabinettsmitgliedern diese Wochen ihrer
Erholung durch zahlreiche Entscheidungen über die
Fortführung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsver-
handlungen, über die englische Wochenendeinladung
nach Chequers, durch Besprechungen mit den Finanz-
referenten einzelner Ministerien, durch Konferenzen
wie jene mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luthner
häufig unterbrochen müssen. Die Arbeitsmenge, die sie
heute, wenn sie in die Wilhelmstraße zurückkehren, in
Berlin erwartet, ist deshalb nicht weniger groß. Der
Reichstag hat sich bis in den Herbst hinein vertagt, eine
Vertagung, die eine Vollmacht an das Reichskabinett
bedeutete. Der Form nach ist diese Vollmacht nur in
zwei Punkten zum Ausdruck gekommen, in der Ermäch-
tigung, Zollerhöhungen vorzunehmen und in der Er-
mächtigung, die Ausgaben des Reiches notfalls so zu-
sammenzufügen, daß auch zurückgehende Einnahmen
ausreichen. Die tatsächliche Vollmacht erstreckt sich je-
doch viel weiter. Sie bezieht sich, wie es selbstverständ-
lich ist, auf die großen Fragen der Außenpolitik, die
durch die kommende Ratstagung in Genf, durch die
deutsch-österreichische Zollunion, durch die Einladung
nach England, durch die Vorbereitungen auf die Ab-
rüstungskonferenz aufgeworfen sind. Sie betrifft aber
zunächst auch die Fragen der Sozialpolitik, die, wie
jedermann wußte, im Sommer akut werden müssen.

So ist schon für die erste Kabinettsitzung, die am
Tage nach der Rückkehr des Reichsministers stattfindet,
ein Beratungsprogramm entstanden, zu dessen Bewäl-
tigung mehrere Tagungen der Kabinettsmitglieder
notwendig sein werden. Zwei der wichtigsten Punkte
dieses Programms ergeben sich aus den vom Reichstag
formell erteilten Ermächtigungen. Das Reichsernäh-
rungsministerium hat die Ermächtigung zur selbständi-
gen Abänderung der Zölle verlangt, um entsprechend
den Schwankungen der Weltwirtschaft, die deutschen
Zölle sofort abändern zu können, ohne durch das War-
ten auf Reichstagsbeschlüsse der Konjunktur nachzu-
hinken. Die Befürchtung, besonders der Sozialdemo-
kraten, daß die Ermächtigung unter dem Einfluß rein
agrarpolitischer Strömungen zu einer Steigerung der
Lebensmittelpreise führen könnte, hat der ganzen
Vollmacht indessen einen zweiseitigen Charakter ge-
geben. Das Gesamtkabinett ist ermächtigt worden, die
Zölle zu erhöhen, es ist gleichzeitig verpflichtet wor-
den, mit allen Mitteln, auch einer Zollenkung, dafür
zu sorgen, daß die Lebensmittelpreise über einen be-
stimmten Höchstfuß hinaus nicht ansteigen dürfen.
Dieses Ansteigen der Lebensmittelpreise droht beson-
ders auf dem Gebiet der deutschen Getreideversorgung.
Die deutschen Weizenvorräte sind verbraucht, die
Weizenpreise haben sich trotzdem nur nicht gesteigert,
weil der Handel mit dem Ankauf ausländischen Wei-
zens wartete, in der Annahme, daß jeden Augenblick
eine Senkung der Weizenpreise eintreten müßte, durch
die die Hereinnahme ausländischen Getreides erleichtert
werden soll. Man hat nicht mit Unrecht darauf hinge-
wiesen, daß der Mangel an deutschem Weizen durch
den vorhandenen deutschen Roggenverbrauch ausge-
glichen werden könne, daß man also einen gewissen
Zollruck ausüben sollte, um einen stärkeren Roggen-
verbrauch zu erzwingen. Dieser Einwand ist jedoch da-
durch hinfällig geworden, daß inzwischen auch die deut-
schen Roggenvorräte, deren große Mengen zunächst
einen für die Landwirtschaft gefährlichen Preiskurz zu
bringen schienen, erheblich vermindert wurden, daß sie
schon unter den Stand des Vorjahres heruntergegangen
sind und daß infolgedessen bis zur nächsten deutschen
Ernte die innerdeutschen Vorräte an Weizen sowohl
wie an Roggen durch Einfuhr ergänzt werden müssen.
So werden die Auseinandersetzungen im Kabinett die
Frage einer Senkung der Getreidezölle behandeln
müssen. Die agrarischen Kreise haben, seit der Reichs-
tag die Ermächtigung für das Kabinett beschloß, mit
Nachdruck Zollerhöhungen für eine ganze Reihe von
Lebensmitteln verlangt und das Reichsernährungs-
ministerium hatte schon in der letzten Kabinettsitzung
vor Ostern eine entsprechende Vorlage eingebracht.
Dieser Zollerhöhung, die mit der Senkung der Getreide-
zölle parallel laufen würde, stehen im Kabinett freilich
starke Widerstände entgegen, weil man darauf hin-
weist, daß nach dem Reichstagsbeschluss die Zollerhö-
hungen nicht zu einer Preissteigerung führen dürfen und
daß sie außerdem abhängig gemacht werden von einer
Reform des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens,
die einstweilen noch nicht eingetreten ist. Die Zölle

Die „kleine“ Verwaltungsreform.

Prüfung der Landesfinanzämter. — Um jede Million.

Berlin, 22. April. (Via Drahtmeldung.) Zu der für
die kommenden Kabinettsitzungen von Reichsminister
Brüning zur Debatte gestellten Frage einer Verwal-
tungs- und Reichsreform hören wir, daß man in
ununterrichteten Kreisen weniger an einen großen Umbau der
Reichs- und Landesverwaltungen denkt, sondern vor allem
an solche Maßnahmen, die sich rasch verwirklichen
lassen. Allerdings möchte die Regierung Brüning, die sich an
manche große Reformaufgabe heranwagt, einmal auch die
Frage der Reichsreform lösen. Aber hier sind nicht nur be-
trübnisvolle Schwierigkeiten politischer Natur zu überwinden,
die um so mehr ins Gewicht fallen, als das Kabinett
Brüning besonders stark auf eine reibungslose Zusammen-
arbeit mit Reichsrat, d. h. mit den Ländern angewiesen ist,
sondern zur Behandlung einer großen Reform des Reiches
und der Länder gehört auch Zeit, die angesichts der Finanz-
not heute besonders fehlt.

Die Regierung wird sich daher wahrscheinlich auf
kleinere Verwaltungsreformen beschränken, und
hier kommt vor allem eine weitere Vereinfachung bei
der Zoll-, Steuer- und Postverwaltung in
Frage. Zwar sind auch hier die Möglichkeiten bereits be-
grenzt, da eine Reihe von Hauptdirektionen aufgelöst bzw.
zusammengesetzt wurden, und das gleiche bei der Steuer- und
Zollverwaltung erfolgt ist. Immerhin gibt das neueste Gut-
achten des Reichsfinanzministeriums zur Steuer- und Zollver-
waltung noch gewisse Möglichkeiten an, weitere Einsparungen
vorzunehmen. Geprüft wurden bisher fünf Landesfinanz-
ämter (sowohl für die Steuer- wie für die Zollverwaltung)
und eine weitere Prüfung erfolgte in Kiel. Augenscheinlich
sind zwischen Reichsfinanzministerium und Reichspar-
teikommisars Meinungsverschiedenheiten über die
Frage entstanden, ob diese Prüfungen auch noch auf andere
Landesfinanzämter ausgedehnt werden sollen, wogegen sich
das Reichsfinanzministerium wendet, wie überhaupt auch der
Inhalt dieses Gutachtens im Ministerium auf Widerstand
gestoßen ist. Da die Gutachten des Reichspartei-kommisars im
Auftrage der Regierung erstattet werden und diese es sich in
der Praxis vorbehält, ob sie der Öffentlichkeit Mitteilung
über die Vorschläge des Reichspartei-kommisars machen will,
sollten sich derartige Kämpfe hinter ver-
schlossenen Türen und so, daß die Öffentlichkeit nicht
in der Lage ist, sich ein Bild der Vorgänge und der Erspar-
ungsmöglichkeiten zu machen.

Zur Brotpreisfrage.

Maßnahmen des Reichsministeriums für Ernährung und
Landwirtschaft.

Berlin, 21. April. Das Reichsministerium für Ernährung
und Landwirtschaft hat, sobald es von der beabsichtigten
Brotpreiserhöhung Kenntnis erhielt, mit den betei-
ligten Wirtschaftskreisen über Mittel und Wege be-
raten, den unerwünschten Folgen dieser Erhöhung zu be-
ggnen. Es ist eine Reihe von Maßnahmen in
Ausicht genommen. Die hierzu erforderlichen Vorberei-
tungen werden bereits in den nächsten Tagen zum Abschluß
kommen. Die Bestrebungen des Reichsministeriums für Er-
nährung und Landwirtschaft sind darauf gerichtet, der Be-
völkerung ein schmackhaftes und vollwertiges Brot zu den
bisherigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Das preussische Polizeiverwaltungs-gesetz.

Verbesserungen des bisherigen Rechtszustandes.

Berlin, 21. April. Der Verfassungsausschuss des Preußi-
schen Landtags begann am Dienstag die Vorberatung des
preussischen Polizeiverwaltungs-gesetzes, das in Fortbildung
des geltenden Rechtszustandes eine zusammenfassende
Neuregelung des allgemeinen Teils des preussischen
Polizeirechts bringt. Der Staatsrat hatte in seinem grund-
sätzlichen Gutachten gefordert, daß alle Aufgaben, die in
ihrem Kern den Charakter der Wohlfahrtsaufgaben tragen,
durch gesetzliche Sonderregelung an die Selbstverwaltung
übertragen werden unter der Voraussetzung, daß eine be-
friedigende Regelung der Lastentragung erfolgt. Die zur
Beratung liegende Vorlage bringt Verbesserungen des bis-
herigen Rechtszustandes, insbesondere auf dem Gebiet des
Polizeiverwaltungsrechts und des Rechtsschutzes der Bürger
gegenüber polizeilichen Maßnahmen.

Die ausländischen Opfer des Aufstandes in Nicaragua.

Washington, 21. April. (Reuter.) Die Gesamtzahl
der von den Aufständischen in Nicaragua in letzter Zeit
getöteten Ausländer beträgt 16. Darunter
befindet sich der deutsche Missionar Berenger, der
von dem Banditenführer Blando ermordet wurde.

fragen allein werden also, da eine ganze Reihe von Nebenumständen beachtet werden müssen, langwierige Beratungen hervorgerufen.

Die zweite formelle Ermächtigung des Reichstages, die Ermächtigung des Kabinetts zu Abstrichen an den Reichsausgaben, wird diesmal noch keine so ausschlaggebende Rolle spielen. Man weiß zwar bereits, daß in dem Haushaltsjahr, das mit dem 1. April begann, die ungünstige wirtschaftliche Lage und der daraus entstehende geringe Steuereingang wieder zu Fehlbeträgen führen wird. Man hat bereits errechnet, daß für das Gesamtjahr diese Fehlbeträge eine Höhe von etwa 400 Millionen Mark erreichen könnten. Man muß aber, ehe endgültige Dispositionen getroffen werden, doch erst einmal das Ergebnis der Vierteljahrsrechnungen abwarten, die nach dem Juni-Ultimo eingehen, und die erst einen wirklichen Überblick darüber verschaffen können, in welchem Umfang eine Änderung des Ausgabenplanes erforderlich sein wird. In der Zwischenzeit kann das Reichsfinanzministerium lediglich eventuelle Vorschläge ausarbeiten, die dann im Hochsommer, wenn man die Finanzlage überblickt, dem Kabinett zur Entscheidung vorgelegt werden müssen. Im Augenblick kann es sich bei dieser Frage nur darum handeln, zu der Beunruhigung Stellung zu nehmen, die immer wieder aufkommt, weil man neue Kürzungen der Beamtengehälter befürchtet.

Der größte Arbeitskomplex für die nächste Zeit wird sich aus den sozialpolitischen Problemen ergeben, für deren Lösung zwar keine formelle, aber eine tatsächliche Vollmacht vom Reichstag erteilt worden ist, mit dem stillschweigenden Vorbehalt, daß eine parlamentarische Nachprüfung stattfinden wird, wenn diese Lösung des Kabinetts die Parteien nicht befriedigt. Auf diesem Gebiet ist als eine Spezialfrage zunächst die Sanierung der Knappschaftsversicherung vorzunehmen, bei der Einnahmen und Leistungen in keinem richtigen Verhältnis zueinander stehen und die deshalb durch eine Reform und durch Reichszuschüsse saniert werden muß. Größere Bedeutung als diese Spezialfrage wird die Behandlung des Arbeitslosenproblems haben. Sie ist durch die wochenlange Arbeit einer Sachverständigenkommission vorbereitet worden. Die Gutachten dieser Kommission, die gesetzliche Maßnahmen zur Verfürgung der Arbeitszeit, privatwirtschaftliche Vereinbarungen zur Vermeidung des Doppelverdienens vorschlagen, sind bekannt. Man will gegen eine Million Arbeitsplätze freigemacht. Das würde nicht die Schaffung zusätzlicher Arbeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze bedeuten, sondern nur den Sinn haben, daß man mit einem bescheidenen Verdienst eine größere Anzahl von jetzt Erwerbslosen wieder in den Wirtschaftsprozess einfügt. Es würde eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung, aber es würde zum Beispiel nicht eine Vermehrung der Reicheinnahmen zur unmittelbaren Folge haben, die sich sonst stets ergibt, wenn der Beschäftigungsgrad zunimmt. Bei der Verfürgung der Arbeitszeit würde nämlich ein Teil der jetzt beschäftigten Arbeiter Einkommensverminderungen durchmachen, ebenso wie die Doppelverdiener bei dem Abbau ihrer Nebenverdienste. Und die mit verkürzter Arbeitszeit oder für Nebenarbeiten eingestellten Arbeiter würden vielfach nicht so hohe Einnahmen haben, daß sie in gleichem Maße steuerpflichtig sind, wie jetzt der einzelne hochverdienende Arbeiter oder Doppelverdiener. Das Arbeitereinkommen wird durch diese Vorschläge gestreckt, nicht vermehrt. Solche steuerlichen Rückwirkungen sind bei der Durchführung des Gutachtens zu beachten, ebenso aber auch die Widerstände, die sich bei einem Teil der bürgerlichen Parteien während der letzten Reichstagsverhandlungen gegen eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit richteten. Mit der Entscheidung über diese Frage wird das Kabinett noch nicht einmal an das, auch von der Sachverständigenkommission noch nicht behandelte wichtigste Kapitel, an die Reform der Arbeitslosenversicherung, herankommen, bei dessen Behandlung sich die Meinungsverschiedenheiten häufen werden.

Auf den dreiwöchigen Osterurlaub des Reichskabinetts werden also Wochen mit täglichen Kabinettsitzungen folgen, mit täglichen Ressortbesprechungen und Verhandlungen der Finanzreferenten. Obgleich der Reichstag vertagt ist, steht den verantwortlichen Berliner Stellen schwere Arbeit bevor, die bis in den Sommer reichen wird. Die Vollmacht, die der Reichstag dem Kabinett gegeben hat, entlastet die Kabinettsmitglieder zwar von täglichen Empfängen im Reichstag, sie belastet sie aber zugleich mit der ganzen Verantwortung und der ganzen Arbeit, die ihnen bei der Behandlung dieser schwierigen Fragen sonst zum Teil die Finanzausschüsse des Parlaments abgenommen haben würden, während sie nun durch verstärkte Prüfung in ihren Ämtern diese ergänzende Tätigkeit des Parlaments erledigen müssen.

Um die Neugestaltung der Hauszinssteuer.

Ein vertagter volksparteilicher Antrag.

Berlin, 21. April. Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags beriet am Dienstag einen Antrag der D. Vp. über die Neugestaltung der Hauszinssteuer. Der Antrag verlangt, daß an die Stelle des bisherigen Grundvermögenssteuerwertes der tatsächlich erzielte Hypothekenzinseinkommen treten soll. Ferner soll die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage bedürftiger Mieter und Hausbesitzer statt durch Steuernachlässe durch Miethöfchen erfolgen. Der Berichterstatter Abg. Dr. Neumann (D. Vp.) hielt den Zeitpunkt für einen Umbau der Hauszinssteuer für geeignet. Ministerialdirektor Vogt erklärte, der geforderte Umbau würde einen Ausfall von 110 Millionen bringen. Von den Sozialdemokraten wurde angeregt, die Beschlußfassung auszuschieben, bis die Voraussetzungen für eine Neuregelung auf breiterer Grundlage gegeben seien. Der Ausschuss vertagte darauf die Weiterberatung des Antrages.

Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, wonach bei in Zwangsversteigerungen übernommenen Grundstücken ausgefallene Hypotheken des Erbschafts beim Verkauf dem Erbschaftsbesitzer zugerechnet werden können.

Die Reichsregierung gegen Schacht.

Zur Geschichte der Reparationsfrage.

Die Untersuchung des Reichsarchivs.

Berlin, 21. April. Durch das Erscheinen des Buches des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht „Das Ende der Reparationen“ ist die Reparationsfrage geschichtlich aufgerollt worden. Das Reichskabinett hat sich entschlossen, dem Reichsarchiv das in Betracht kommende Aktenmaterial zur Verfügung zu stellen mit dem Auftrag, auf Grund dieser einwandfreien Quellen den Gesamtfragebereich zu untersuchen. Das Reichsarchiv wird in mehreren Veröffentlichungen das Ergebnis seiner aktenmäßigen Forschungen darlegen.

Der von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in seinem Buch erhobene Vorwurf, er sei von der Reichsregierung vor und während der Pariser Sachverständigenkonferenz nur ganz unzulänglich unterrichtet worden, trifft nach aktenmäßiger Feststellung nicht zu.

Dr. Schacht war nach Herkunft, Ansehen und Stellung der erste deutsche Berater für Reparationsfragen. Schon längst, ehe er ausdrücklich zum ersten deutschen Sachverständigen auf der Pariser Konferenz ernannt wurde, die Reichsregierung billigte ihm auch die Rolle des Anregers und Beraters uneingeschränkt zu. „Der Herr Reichskanzler hält es für geboten“, so heißt es in einem Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei vom 27. Oktober 1928 an Dr. Schacht, „daß Sie über alle Einzelheiten der deutschen Reparationspolitik rechtzeitig unterrichtet werden.“

Der Königsberger Zwischenfall.

Die Untersuchung im Reichswehrministerium noch im Gange.

Berlin, 21. April. Die Untersuchung des Zwischenfalls in Königsberg ist noch nicht abgeschlossen. Die von den französischen Offizieren aufgenommenen Bilder sind gestern im Reichswehrministerium eingetroffen. Da es sich bei den Aufnahmen um ein verhältnismäßig kleines Format handelt, müssen erst Vergrößerungen angefertigt werden, um genau die Einzelheiten der Bilder beurteilen zu können. Die meisten der Aufnahmen enthalten Gebäude der Festungsanlagen, hauptsächlich Festungstore. Auf zwei Aufnahmen sind überdies Truppen zu sehen. Die Aufnahmen der Gebäudeteile sind zweifellos nicht zu beanstanden, da es sich um offene, an den Straßen liegende Anlagen handelt. Hinsichtlich der beiden Aufnahmen der überdies Truppen müssen die Einzelheiten der Vergrößerung abgewartet werden. Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis kann man allerhöchstens von einem Grenzfall von Spionage sprechen. Sollte das endgültige Ergebnis der Untersuchung wirklich ergeben, daß die Offiziere Spionage getrieben haben, so werden, wie in unrichtigen Kreisen verlautet, alle Folgerungen gezogen werden, die gezogen werden müssen.

Die Festnahme der französischen Offiziere, die in Zivil waren, erfolgte von einem Offizier des Reiterdienstes, der sofort der Division Meldung erstattete. Auf Anordnung der Division wurden die Festgenommenen wieder freigelassen.

Rache für Königsberg?

Eine Spionageaffäre in Straßburg.

Paris, 21. April. „Intransigeant“ berichtet aus Straßburg, daß die dortige Polizei drei der Spionage verdächtige Elsäßer festgenommen habe. Die Verhafteten seien sämtlich in Straßburg wohnhaft und hätten eingestanden, wiederholt mit Plänen über Grenzbesetzung gearbeitet zu haben über die Grenze gereist zu sein.

Die Agentur Havas hat sich über vorstehende Meldung des „Intransigeant“ bei der Pariser Sicherheitspolizei erkundigt, dort aber nähere Auskunft nicht erhalten können. Nur soviel steht fest, daß die drei der Spionage verdächtige Elsäßer in das Gefängnis von Straßburg übergeführt worden seien. Havas berichtet weiter, daß eine neue Verhaftung erfolgt sei. Man rechnet mit der Festnahme von vier bis fünf weiteren Personen, darunter zwei Deutschen.

Paris, 22. April. (Drahtmeldung unseres Pariser Vertreters.) Die französische Presse versucht, aus der Verhaftung der angeblichen Spione einen Beweis dafür zu konstruieren, daß Deutschland für keine späteren Pläne großes Interesse an der genauen Kenntnis der französischen Befestigungswerte habe. Das „Echo de Paris“ stellt die Behauptung auf, der deutsche Spionagedienst sei in Straßburg selbst organisiert worden und habe sich nach gesehrt. Die französische Polizei habe sich mit dem Fall schon über acht Monate beschäftigt und einen strengen Überwachungsdienst eingerichtet, der vor etwa vier Tagen zu den Verhaftungen geführt habe. Wenn die französische Presse darüber nicht berichtet habe, so sei das lediglich geschehen, um die Untersuchungen nicht zu fördern. Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß bereits in der nächsten Zeit fünf weitere Personen verhaftet würden, unter denen sich zwei Deutsche befänden. Die Summe, die man deutscherseits an die Spione bezahlt habe, belaufe sich auf annähernd 60 000 M.

Es ist natürlich, daß vor allem die chauvinistische Presse die Straßburger Angelegenheit aufbauscht, um den Fall von Königsberg vergessen zu lassen. Besonders deutlich wird diese Absicht, wenn ein Pariser Morgenblatt schreibt, die angeblichen Spione hätten die Absicht gehabt, in eine Kaserne einzudringen, um dort ein Maschinen-gewehrmodell 24/25 zu stehlen und an Deutschland zu verkaufen, das angeblich für diese Konstruktion besonderes Interesse habe.

General v. Seedt 65 Jahre alt.

Ein Glückwunsch Hindenburgs.

Berlin, 21. April. Der Reichspräsident hat an Generaloberst a. D. v. Seedt nachfolgendes Glückwunschschreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Generaloberst! Zur Vollendung des 65. Lebensjahres, das Sie heute begehen, spreche ich Eurer Erlebens meine herzlichsten Glückwünsche aus. Ich gedenke dabei in Dankbarkeit und Anerkennung der hohen Verdienste, die Sie sich in langjähriger Dienstzeit in Krieg und Frieden um die deutsche Wehrmacht erworben haben. Mit manchen tapferen Leistungen und Erfolgen im Weltkrieg ist Ihr Name ehrenvoll verbunden, und der unter so schwierigen Verhältnissen durchgeführte Aufbau des Reichsheeres wird als Ihr besonderes Werk in der Wehrgeschichte weiterleben. Mögen Ihnen noch viele Jahre persönlichen Wohlergehens und erfolgreicher Wirksamkeit beschieden sein. Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich in alter Kameradschaft Ihr ergebener v. Hindenburg.“

Er legt den größten Wert darauf, Ihre Ansicht vor allen maßgebenden Entscheidungen zu hören.“

Dr. Schacht behauptet in seinem Buch, die Reichsregierung habe den deutschen Sachverständigen die Annahme der Youngschen Zahlenreihe empfohlen, ohne die Stellungnahme der eigenen Sachverständigen hierzu abzuwarten, um den Eindruck zu erwecken, als sei der Beschluß des Reichskabinetts vom 3. Mai ohne Zusammenhang mit den Sachverständigen gefaßt worden.

Die Aktenveröffentlichung entkräftet diese Behauptung. Am 3. Juni gaben die Sachverständigen dem Reichskanzler gegenüber in einem Telegramm die Erklärung ab, daß sie „die volle Verantwortung“ für die Unterzeichnung übernahmen „ohne jede Rücksicht auf äußere Einflüsse, sondern lediglich unserem eigenen Gewissen folgend“. Und am 7. Juni unterzeichneten der Reichsbankpräsident und Geheimrat Kaßl den Youngschen Plan!

So ist der von Dr. Schacht gegen die Reichsregierung erhobene schwere Vorwurf, heißt es in der Veröffentlichung des Archivs, sie habe ihre Sachverständigen über den politischen Stand der Verhandlungen nicht hinreichend unterrichtet, und deren Unabhängigkeit nicht gewahrt, auf Grund aktenmäßiger Feststellung als ungerechtfertigt zu bezeichnen. Weitere Punkte, besonders die angebliche Verfallung des Youngschen Plans und die Frage der Sanktionen, werden an anderem Ort behandelt werden.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.

Berlin, 22. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Ratifikationsurkunden über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen sind am Dienstag in Warschau ausgetauscht worden. Damit tritt dieses Abkommen, das bereits am 31. Oktober 1929 abgeschlossen wurde, endgültig in Kraft. Deutschland hat in dem Abkommen, dem der Reichstag bereits im März v. J. zustimmte, zugunsten Polens auf die weitere Geltendmachung der Entschädigungsansprüche solcher Deutschen verzichtet, die in Polen enteignet oder liquidiert wurden, ferner auf Forderungen aus der Abtretung des deutschen Staatseigentums; in diesem letzteren Falle handelte es sich allerdings nur noch um bestimmte Guthabensforderungen, nicht aber um direkte Forderungen an Polen, weil diese bereits auf die Reparationskommission übergegangen waren. Die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten wurde von der Reichskasse übernommen und, obwohl das Abkommen damals noch nicht ratifiziert war, bereits im Herbst v. J. in Gang gebracht. Der Gesamtwert, der sich auf eine Reihe von Jahren verteilt, dürfte 200 bis 300 Millionen betragen.

Die polnische Gegenleistung besteht darin, daß die polnische Regierung auf jede weitere Liquidation deutscher Güter, Rechte und Interessen in Polen verzichtet, die sie auf Grund des Friedensvertrages vornehmen könnte. Außerdem hat die polnische Regierung bestimmte Verpflichtungen übernommen, auf die Ausübung des Wiederaufbaurechts gegenüber deutschen Anwohnern im Erbfalle zu verzichten. Alle diese Verpflichtungen treten nunmehr formell in Kraft.

Die Anerkennung der spanischen Republik.

Die Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 21. April. In einem Teil der Presse ist die Reichsregierung gefragt worden, warum sie die neue republikanische Regierung in Spanien noch nicht anerkannt habe. Dazu wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Zunächst liegt die technische Schwierigkeit vor, daß sich Reichsaußenminister Dr. Curtius noch nicht in Berlin befindet. Ferner ist die Angelegenheit insofern nicht ganz einfach, weil die neue spanische Regierung eine vorläufige Regierung ist, die ihre Machtbefugnisse noch von der alten Regierung ableitet. Tatsächlich liegt auch nur eine Abwesenheit des Königs von Spanien vor. Nach dem Ergebnis der bisherigen Untersuchungen dürften neue Beglaubigungsschreiben für die in Madrid akkreditierten Vertreter nicht notwendig sein. Die Angelegenheit mit der Anerkennung eilt daher nicht so. Daß Frankreich als einzige Großmacht bisher die neue Regierung anerkannt hat, dürfte keine besonderen Gründe haben.

Das englische Ministerium des Auswärtigen teilt nun heute abend mit, daß Großbritannien und die Dominions die provisorische Regierung der spanischen Republik anerkennen.

Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, die republikanische Regierung Spaniens anzuerkennen.

Vorausichtlich im Juni Cortes-Wahlen.

Aufstellung der Wahllisten.

Paris, 21. April. Wie Havas aus Madrid berichtet, ist die Aufstellung von Wahllisten angeordnet worden. Man hofft sie in etwa einhalb Monaten fertiggestellt zu haben und dann sofort die Cortes-Wahlen vornehmen zu können. Es wird der Gedanke erwogen, das Wahlrecht allen Personen zu verleihen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. Bisher betrug das Wahlalter 25 Jahre.

Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.

Madrid, 22. April. (Eig. Drahtmeldung.) Nach dem gestrigen Ministerrat wurde eine Note veröffentlicht, in der die Regierung alle Spanier, die in der letzten Zeit Kapital ins Ausland geschafft haben, auffordert, innerhalb einer annehmbaren Zeitpanne, ihren Besitz wieder nach Spanien zurückzuführen. Andernfalls werde das Finanzministerium gegen die Kapitalflucht verdächtigen Persönlichkeiten ein Verfahren einleiten und sehr scharfe Maßnahmen ergreifen. Das Finanzministerium hat bereits Nachforschungen bei den Kreditinstituten angeordnet, um die Namen derjenigen Personen zu erhalten, die seit der Ausrufung der Republik bedeutende Beträge abgehoben haben. Es ist beabsichtigt, den immobilen Besitz der der Kapitalflucht überführten Personen zu beschlagnahmen.

Umtseinführung des neuen Berliner Oberbürgermeisters.

Das Programm Dr. Sahms.

Grundsätzliche Ausführungen.

Berlin, 21. April. In der Stadtverordnetenversammlung begrüßte heute Stadtverordnetenvorsteher Sahm den neuen Oberbürgermeister Dr. Sahm und die neuen Magistratsmitglieder. Nachdem der Stadtverordnetenvorsteher noch dem Bürgermeister Scholz und den auscheidenden Magistratsmitgliedern den Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen hatte, antwortete Oberbürgermeister Dr. Sahm mit Dankesworten für das große Vertrauen, das die Stadtverordnetenversammlung ihm durch die Wahl zum Oberbürgermeister der Reichs- und Landeshauptstadt Berlin bezeugt habe. Dann machte der Oberbürgermeister grundsätzliche Ausführungen, in denen er u. a. sagte: Ich will die Verwaltung Berlins im besten Sinne überparteilich führen. Die erste Sorge gilt den Finanzen. Ich vermag natürlich heute noch nicht auf Einzelheiten einzugehen, aber das eine habe ich schon erkannt, daß die Probleme, die hier zu lösen sind, von einem so ungeheuren Ausmaß sind, daß an ihre Bewältigung nur zu denken ist, wenn die Verantwortlichen — auf der einen Seite Oberbürgermeister- und Magistrat und auf der anderen Seite die

Stadtverordnetenversammlung und der Stadtgemeindeausschuß — in klarer Erkenntnis ihrer großen Verantwortung sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, möglichst nicht behindert durch Parteischranken und Weltanschauungen. Es gilt zunächst, die schwebenden Schulden zu konsolidieren und, was nicht minder wichtig ist, das Entstehen neuer Schulden zu verhindern. Vor allem muß äußerste Sparamkeit walten, und hierbei müssen alle mitwirken, die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Ich lege auf ihre Mitarbeit den allergrößten Wert. Die Ausgaben müssen sich den Einnahmen anpassen. Entsprechend den vom Deutschen Städtetag aufgestellten Grundsätzen passe ich mich dem Gedanken an, daß öffentliche und private Wirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft grundsätzlich gleichberechtigt sind. Man soll deshalb versuchen, die Gegensätze zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft auszugleichen und beide zu positiver Zusammenarbeit zu einigen. Hierbei ist jedoch Bedingung und Voraussetzung für mich, daß eine wirkliche Kontrolle in finanzieller Hinsicht gewährleistet ist. Wenn ich das Wort Kontrolle in finanzieller Hinsicht gebrauche, so komme ich dabei auch auf die Revision der gesamten städtischen Finanzgebarung.



Der bisherige erste Bürgermeister der Reichshauptstadt Scholz (rechts) übergibt dem neu gewählten Oberbürgermeister Dr. Sahm (links) die Geschäfte.

Graf Bethlen über die Neuorganisation Europas.

Der Ruf Ungarns nach Gerechtigkeit.

Budapest, 21. April. Auf einem zu Ehren des Ministerpräsidenten Graf Bethlen von der Regierungspartei veranstalteten Bankett hielt Graf Bethlen eine Rede. Er führte u. a. aus, die Friedensverträge hätten Europa eine neue Organisation gegeben, nämlich den Völkerbund, dem später Bündnisverträge zwischen einigen Siegerstaaten folgten. Beide hätten aber nur den Zweck, die Oberherrschaft der Siegerstaaten zu sichern. Kein Wunder daher, daß diese Organisation nicht imstande gewesen sei, dem Frieden Europas lange Zeit zu dienen. Europa wurde in zwei Lager gespalten: Sieger und Besiegte, dazu kam als dritter Faktor Sowjetrußland. Mit der Zeit zeigten sich aber in der Organisation der Sieger Risse. Italien und England begannen zu merken, daß die Stabilisierung der Kriegsergebnisse in eine Sackgasse führe. Wir stehen, so sagte der ungarische Ministerpräsident, am Vorabend einer neuen politischen Organisation, die uns vielleicht der Idee der Gerechtigkeit und der Gleichheit näher bringe. Wir haben keinen Grund zu trauern, sondern müssen vielmehr mit voller Energie in der Richtung arbeiten, daß die bisherige europäische Organisation aufhöre. Noch weniger hat sich die durch die Friedensverträge geschaffene wirtschaftliche Organisation bewährt. Im Donauboden

wurde ein einheitliches Zollgebiet mit 50 Millionen Einwohnern zerstört und nichts an dessen Stelle geschaffen. Auch auf diesem Gebiet sind Zeichen einer Besserung zu merken. Heute, wo wir am Vorabend einer neuen politischen und wirtschaftlichen Organisation Europas stehen, müssen wir wachsam die Ergebnisse verfolgen und unser Pulser trocken halten. Wir müssen daran arbeiten, daß, wenn Europa politisch und wirtschaftlich neu gestaltet wird, der Ruf Ungarns nach Gerechtigkeit Erhörung findet. Diese Gerechtigkeit sollte der Ministerpräsident in der Sache zusammenfassen: Gerechtigkeit für die zu Unrecht Gefolterten, Gleichheit für die in Ungleichheit Gefallenen, Vereinigung der gegen ihren Willen gewaltsam Getrennten und Lebensmöglichkeit für alle unter der Sonne. Dies sei die Rechnung, die Ungarn dem jederzeit neu zu gestaltenden Europa vorlegen müsse.

Vor einer neuen Ozeanüberquerung.

Alleinflug einer Amerikanerin.

New York, 21. April. Ozeanflieger Chamberlin gab bekannt, daß die amerikanische Fliegerin Ruth Nichols beabsichtige, in ungefähr zwei Wochen unter Benutzung der von Lindbergh eingezeichneten Route einen Alleinflug von Neufundland über den Ozean nach Paris zu unternehmen. Chamberlin ist der flugtechnische Berater von Ruth Nichols.

Wiesbadener Nachrichten.

Das Volksbegehren in Wiesbaden.
22 860 Eintragungen.

Zum Stahlhelm-Volksbegehren für Auflösung des Preussischen Landtags wurden in Wiesbaden insgesamt 22 860 Eintragungen vollzogen. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt in Groß-Wiesbaden rund 120 000, so daß die zur Durchführung des Volksentscheids erforderliche Eintragungsbeteiligung von 20 Proz. in Wiesbaden fast erreicht wurde. Zum Vergleich fügen wir die Wiesbadener Ziffern der Septemberwahlen zum Reichstag an, so weit die Parteien in Frage stehen, die für das Volksbegehren eintraten: Nationalsozialisten: 26 927; Deutschnationale: 2873; zusammen also 29 800 Stimmen. Rechnet man auch die Wiesbadener Stimmen der Deutschen Volkspartei (10 394) hinzu, so ergibt sich die Vergleichsziffer 40 194.

Die Rheinbrückenfrage.

Verständigung zwischen Mainz und Wiesbaden.

Die Städtische Pressestelle teilt mit: Die Straßenbrücke zwischen Mainz und Kassel genügt bekanntlich auch nach ihrer, vorwiegend aus lokalen Notwendigkeiten erfolgenden Erweiterung bei weitem nicht mehr zur Bewältigung des großen Fernverkehrs, der auf zahlreichen Hauptverkehrsstraßen bei Wiesbaden und Mainz auf den Rhein führt, um an dieser mehrere hunderttausende alten Übergangsstelle das andere Rheinufer zu erreichen.

Eine weitere Straßenbrücke ist ein unabwendbares Erfordernis.

Zwei Fragen sind es, die in diesem Zusammenhang im Vordergrund des Interesses stehen. Einerseits bemühen sich die Behörden und Wirtschaftsverbände von Rüdelsheim, Bingen und Umgebung, in dortiger Gegend einen Ersatz an Stelle der für den Fernverkehr geordneten Hindenburgbrücke zu bekommen. Das Verlangen erscheint durchaus verständlich und auch berechtigt, nachdem die Hindenburgbrücke schon jahrelang neben Eisenbahnbrücken auch dem Fernverkehr gedient und die Wirtschaft sich ganz auf diese Brückenverbindung eingestellt hatte. Bei aller Dringlichkeit handelt es sich hier hauptsächlich um die notwendige Befriedigung lokaler Interessen. Unabhängig hiervon ist das zweite Problem, welches die Leitung des ungetrübten, dauernd an Umfang zunehmenden Auto-Fernverkehrs über den Mittelrhein zum Ziele hat.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß der Brennpunkt dieses Fernverkehrs als zwischen Wiesbaden und Mainz liegend angenommen werden muß.

Infolge Mitberücksichtigung lokaler Wünsche waren über die Linienführung der neuen Brücke drei beachtenswerte Vorschläge entstanden, die in der Presse bereits ausführlich erörtert worden sind. Bepflegungen zwischen den Stadtverwaltungen von Mainz und Wiesbaden haben inzwischen das sehr erfreuliche Ergebnis gewirkt, daß auch auf diesem Gebiet

ein Zusammengehen der beiden Städte möglich ist. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß die beiden Städte, wie schon Herr Beigeordneter Maier-Mainz in einer Presseveröffentlichung anlässlich des letzten Jahreswechsels treffend ausführt, „einen nur durch den Rhein getrennten, sonst aber zusammenhängenden Städtekomplex mit zahlreichen wichtigen gemeinsamen Interessen“ darstellen.

Beide Stadtverwaltungen haben unter Zurückstellung lokaler Sonderinteressen beschlossen, gemeinsam Untersuchungen anzustellen über die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit einer Linie, die im Zuge des Landesgrenze zwischen Preußen und Hessen bildenden Landgrabenweges über die Westküste der Peters-Aue, an der Mündung der Rottbergs-Aue vorbei, über die Angelheimer Aue und den Hohenhof hinweg zwischen Alt-Mainz und Mainz-Nombach hindurch zur Binger Straße führt. Vorarbeiten sind eingeleitet.

In letzter Zeit erschienenene Presseabhandlungen, in denen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit beider Städte in der Rheinbrückenfrage besonders unterstrichen wurde, können

Ist Shakespeare in Italien und in Böhmen gewesen?

Zu Shakespeares Geburtstag und Todestag am 23. April.
Von Felix v. Vesel (Dresden).

Man hat oftmals die Frage aufgeworfen, ob Shakespeare das Land Italien, das er „mit der Seele suchte“, und das in seinen Dramen und Lustspielen eine so große Rolle spielt, selbst besucht und gesehen, oder ob er sich bei seinen Detailschilderungen auf irgendwelche Reisebücher oder mündliche Berichte dritter Personen gestützt hat. Da wir nur ganz wenige biographische Notizen über das Leben des großen Briten und seinen Verlauf besitzen, ist die Beantwortung dieser Frage sehr schwierig und wohl auch niemals einwandfrei möglich. Zu bedenken ist freilich, daß es „Reisebücher“ und gedruckte Schilderungen fremder Länder in unserem Sinne damals noch nicht gab, und daß so manche genaue, verblüffend stimmende Orts- und Personenbezeichnungen in seinen Dramen unbedingt darauf schließen lassen, daß Shakespeare selbst in Italien gewesen ist. Wie es sich mit „Böhmen“ und „Österreich“ beziehungsweise „Wien“ verhält, das zum Beispiel in „Macbeth“ und im „Wintermärchen“ eine wichtige Rolle spielt, werden wir noch sehen. Die Ansicht, daß Shakespeare in Italien gewesen ist, vertritt unter anderen Paul Elze; und Georg Brandes vertritt sich zumindest nicht ihrer Möglichkeit.

So weist Brandes darauf hin, daß von 1502 bis 1593 alle Londoner Theater der Welt und der großen, allgemeinen Ansehensgefahr wegen geschlossen gewesen sind. Wenn nun der Dichter überhaupt je eine Reise außerhalb Englands getan hat, so dürfte es um diese Zeit gewesen sein.

Schon in den ältesten Schauspielen („Romeo und Julia“, „Die beiden Edlen von Verona“) ist zu beobachten, welche Anziehungskraft Italien auf Shakespeare ausübte. Es ist wahrscheinlich, daß Shakespeare, sobald er nur konnte, Italien hat sehen wollen. Denn Italien war überhaupt das Ziel der Sehnsucht für die Engländer der damaligen Zeit. Es war das große Kulturland, dessen Literatur man studiert und dessen Dichtkunst man nachahmte, die schöne Heimat der Lebensfreude, besonders Venedig. In „Der Widerspenstigen Zähmung“ fallen nicht nur die richtigen italienischen Namen, sondern auch die zutreffende Schilderung einiger Städte und Gegenden auf. So erwähnt Elze die Bezeichnung „der schöne

große Garten“ für die Lombardei, die Bemerkung „berühmt wegen seines würdigen Bürgerstandes“ für Venedig, und so weiter. In „Othello“ hat Brown einige Züge als typisch italienisch hervorgehoben, so zum Beispiel, daß Cassio von Iago durch die höhnischen Worte „ein großer Arithmetikus“, ein „Rechnungsführer“ als Florentiner bezeichnet wird, da die Florentiner eben große Rechenmeister und Buchführer waren, oder, im „Kaufmann von Venedig“, daß Gobbo dem Herrn seines Sohnes gerade ein Gericht Tauben bringt.

Elze nimmt an, daß Shakespeare gerade 1593 in Italien war und hebt hervor — mit Bezug auf den „Kaufmann von Venedig“, daß Gobbo dem Herrn seines Sohnes gerade ein Gericht Tauben bringt.

Daß Shakespeare in Deutschland oder im benachbarten Böhmen und Österreich gewesen ist, kann als weniger wahrscheinlich gelten. Freilich darf man dies nicht nur aus der scheinbar unverständlichen, sinnlosen Bemerkung im „Wintermärchen“: „Böhmen, eine öde Gegend am Meer“ ableiten. Die Sache verhält sich nämlich so: Böhmen besaß tatsächlich um 1270 Provinzen, die am Adriatischen Meer lagen, jedoch er unbekannt seiner geographischen Kenntnisse im „Wintermärchen“ die „Seeeride nach der böhmischen Küste“ von Greene übernehmen konnte.

Aus Kunst und Leben.

* Kunstausstellung „Mittelrheinische Landschaftsmalerei 1750–1930“ im Homburger Rathaus. In Gegenwart des Generaldirektors der Staatlichen Museen, Geheimrat Dr. Wackhold, und der Vertreter der Homburger Behörden und Bürgerchaft wurde in den oberen Räumen des Homburger Rathauses eine ganz eigenartige Gemäldeausstellung eröffnet. Der Assistent am Historischen Museum Frankfurt, Dr. Niels von Holst, stellt hier 96 Bilder aus, die er von vielen privaten Sammlern, Kunsthändlern und Museen mit Fleiß zusammengeführt hat. In einem Lichtbildervortrag im Homburger Verein für Geschichte und Altertumsforschung sprach Dr. Niels über den Sinn dieser Ausstellung. Sie soll zeigen, wie Heimatliebe und Kunst aus Landschaft und Natur des Taunusgebietes und der hochkultivierten Rheinebene sich in Auge und Seele von fünf Künstlergenerationen gespiegelt haben. — In der Ausstellung finden wir u. a. einen aus Goethes „Dichtung und Wahrheit“ bekannten Frankfurter Malerkreis und besonders von dem

älteren Chr. G. Schüb ein Gemälde, das nach mehr als anderthalb Jahrhunderten langer Verschollenheit von Dr. von Holst wieder entdeckt wurde. Umlich an dieser Periode die barocke Überhöhung der Gebirge, die mythologische Ausstattung der Landschaft, Anlehnung an idyllische wie an betont ferndeutsche Motive deuten auf Zeitendenz hin. Die Komantik ist u. a. vertreten in R. D. Friedrich, dem Wiener Kadel, Flohr. Den Impressionismus vertreten z. B. Franzosen wie Corot und Courbet, z. B. der Münchner Seiwert. Von besonderem lokalen Interesse dürfte die Bilder der Cronberger Schule, z. B. von Burnitz und Schoderer, sein. Die neuesten Kunsttendenzen zeigen Gemälde von Dedel, Kuchbaum und Seidmann.

* Vom Neubau der Heidelberger Universität. Aus Heidelberg wird gemeldet: Rummel wird auch der bisher noch für evtl. Zweite stehengebliebene Seitenflügel in der Augustinerstraße abgebrochen werden, jedoch beim Beginn des neuen Semesters vom alten Kollegienhaus nichts mehr übrig sein wird. Alsdann wird auch die im Innenhof der Neuen Universität abschließende, sich dem ganzen Bauwerk anpassende Mauer errichtet und zwei alte Häuser gegenüber in der Augustinerstraße niedergelegt werden, wodurch ein malerischer Durchblick nach der Salvatorkirche und ein weiterer Zugang zur Universität geschaffen wird. Die Arbeiten an dem gesamten neuen Bau werden rüstig gefördert, aber die hier und da aufgetauchte Annahme, daß schon Ende dieses Monats, d. h. bei Beginn des Sommersemesters, der ganze Bau fertiggestellt und bezogen werden könne, ist doch nicht zutreffend und rechnet nicht mit den noch ausstehenden umfangreichen Arbeiten. Wohl werden einige Hörsäle zu Beginn des Sommersemesters bezugsfertig sein, aber mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme des gesamten Neubaus kann erst für den Zeitpunkt der offiziellen Einweihungsfeier, allerdings dann mit Bestimmtheit, gerechnet werden, d. h. also für Anfang Juni. Es werden sich alsdann auch im Innenhof große Veränderungen zeigen, der bis auf drei stehen gebliebene alte Bäume dem Umbau weichen mußte.

Theater und Literatur. Zum Gedächtnis an den im Weltkrieg gefallenen Dichter Hermann Löns hat der Magistrat der Stadt Greifswald an dem Hause, in dem Löns während seiner Studienzeit 1887/88 in Greifswald gewohnt hat, eine Gedenktafel anbringen lassen. — In Ravens, dem Geburtsort Lessings, wird am 18. Mai d. J. ein Lessinghaus eingeweiht werden, zu dem am 22. Januar 1929, am 200. Geburtstag des Dichters, der Grundstein gelegt wurde.

Hausbesitz, Rotverordnung und städtischer Etat.

Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins.

In der Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins am Dienstagabend berichtete Kommandanttagsabgeordneter Dr. Harman über die Lage des Haus- und Grundbesitzes. Ausgehend von der Vorkriegszeit mit ihrer Überproduktion an Wohnungen legte der Redner die Verhältnisse während des Krieges dar, die wirtschaftlich für den Hausbesitz erhebliche Belastungen gebracht hätten. Nach der Revolution habe sich die Lage durch die Sozialisierungsbestrebungen noch verschlechtert. Es sei eine förmliche Enteignungswelle über Deutschland gegangen und der gemeinnützige Wohnungsbau habe großen Umfang angenommen. Dem Privatbesitz sei das Bauen erschwert worden. Der Redner erinnerte an die Höchstmietverordnung, die er als ein trauriges Kapitel bezeichnete. An die Mietsfähe nach der Stabilisierung, die erst 32 Prozent der Friedensmiete erreichte und bis auf 135 Prozent in der Gegenwart gestiegen sind. Der Zustand der Häuser zeige einen starken Verfall, die größeren Wohnungen stünden zum großen Teile leer.

Neben vielen Landhäusern zähle man bereits 400 größere Wohnungen, die nicht vermietet werden können.

Nach Ansicht des Redners macht heute der Mieter den Preis und nicht der Vermieter. Die steuerliche Belastung sei untragbar; die dadurch so hohen Mieten wirkten sich für Wiesbaden als Wohn- und Kurstadt besonders ungünstig aus, zumal Gebühren und Abgaben hier höher sind, als andernorts. Nach der Rotverordnung soll die Zwangswirtschaft bis zum 1. Juli 1934 ganz abgebaut werden, vorausgesetzt, daß bis dahin ein soziales Mietrecht im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches geschaffen worden sei.

Die meisten Gegner des Hausbesitzes sind nach der Auffassung des Redners bei den Reichs- und Provinzialräten zu suchen, denen eine uneingeschränkte Bürgerliche Mitte gegenüberstehe.

Die Verhandlungen bezüglich der Einheitswerte seien noch im Gange. Bei der hohen Bedeutung, die der Hausbesitz in der deutschen Wirtschaft habe, sei die Zwangswirtschaft im Hausbesitz ein Grund für die Hemmungen, unter denen das Wirtschaftsleben leide.

Als zweiter Redner des Abends sprach Stadtd. Schneider über die Rotverordnung und ihre Auswirkungen auf den städtischen Etat. Fast die Hälfte der Bestimmungen in der Rotverordnung der Reichsregierung besäßen sich mittel- oder unmittelbar mit dem Hausbesitz. Es sei falsch gewesen, daß man den Hausbesitz als Teil der Gesamtwirtschaft beim Wiederaufbau des Reiches ausschaltete. Vor dem Kriege habe der Hausbesitz in der Volkswirtschaft eine Position von 120 Milliarden dargestellt und mit seinem jährlichen Umsatz von 5 Milliarden größte Bedeutung gewonnen.

Der Wert des deutschen Hausbesitzes sei so groß gewesen, wie das Vermögen der deutschen Aktiengesellschaften, der deutschen Banken und der vererbten Staats- und Kommunalanlagen.

tums. Die nächste gemeinsame Tagung findet Ostern 1932 in Wiesbaden statt. Wir hoffen, auch hier den Eltern und Lehrern der Provinz zeigen zu können, daß trotz des äußeren Abbaus der Wiesbadener Mittelschulen auch hier die Idee der Mittelschule lebt, die weder eine gehobene Volksschule, noch eine billigere höhere Schule sein will, sondern die ihre Existenzberechtigung und ihre Eigenart durch ihre Leistungen beweist.

200 Jahre Faulbrunnen.

In diesem Jahre sind es genau 200 Jahre her, seit der „Faulbrunnen“ in der Schwalbacher Straße entdeckt und benutzt wurde. Da die anderen Mineralquellen Wiesbadens bedeutend früher bekannt waren, dürfte der „Faulbrunnen“ der jüngste in Wiesbaden bekannte Brunnen sein. Daß seine Entdeckung nicht früher erfolgte, hat seinen Grund in der damaligen Lage der Faulbrunnenquelle, die zu dieser Zeit von unzugänglichen Wäldern und Sumpfländern umgeben war. Im Jahre 1731 wurde man auf den Brunnen aufmerksam und nahm sogleich Grundmessungen vor. Bereits 1738 war er gefaßt und mit einem eisernen Gefäß umgeben. Vor 120 Jahren, im Jahre 1811, fand eine Neuaufstellung statt, der Brunnen wurde mit zwei Auslaufrohren versehen. Bei den Reparaturen von 1873 und 1877 wurden sie auf drei erhöht. Im Jahre 1811 legte man übrigens auch die Baumplanungen auf dem Faulbrunnenplatz an. Heute wird das Wasser des „Faulbrunnens“ wegen seines Schwefelwasserstoffgeruchs, der von dem im Wasser enthaltenen Schwefelwasserstoff herrührt, zum Kurbetrieb nicht mehr verwendet. Früher schrieb man ihm als Heilbrunn große Wirkung zu und sein Wasser erfreute sich größter Beliebtheit, so daß es sogar nach auswärts geführt wurde. Heute bildet der „Faulbrunn“, wie man ihn früher nannte, ein Unikum unter den Wiesbadener Heilquellen, der von den Kurgästen nur selten besucht und probiert wird, von den Einheimischen aber im Sommer wegen seines auch bei heißem Wetter kühlen und angenehmen Geschmacks gern getrunken wird.

Die Unterschlagungen bei der Bezirksverwaltung.

Feitnahme des flüchtigen Desauteranten in Berlin. Der wegen Unterschlagung von mehreren tausend Mark Mündelgeldern vom Dienst entlassene Landesobersekretär hatte sich vorerst dem Zugriff der Behörden durch die Flucht entzogen. Wie dem „Wiesbadener Tagblatt“ heute mittags aus Berlin gedruckt wurde, ist es aber bereits gelungen, ihn in einer Berliner Pension festzunehmen. Der betreffende Obersekretär war bereits seit einigen Tagen aus Wiesbaden flüchtig. Die unterschlagene Summe soll sich auf 25 000 Mark belaufen. Der Desauterant hatte sich nach Berlin begeben und hielt sich in einer Pension im Westen verborgen. Auf einen Hinweis der Kriminalpolizei in Wiesbaden hin nahm die Polizei in Berlin die Ermittlungen auf und konnte den Obersekretär gestern in seiner Pension festnehmen. Der Beamte bestritt die Unterschlagungen und gibt an, daß es sich bei der fehlenden Summe, die er auf 3000 M. beziffert, um Verbuchungen handelt. Der Verhaftete wird nach Wiesbaden übergeführt.

In der Rotverordnung sei von besonderer Bedeutung die Verpflichtung für die Gemeinden, daß sie in den Jahren 1931 bis 1933 die Etatshöhe des Jahres 1931 nicht überschreiten dürfen. Damit komme dem Haushaltsplan für 1931 eine große Bedeutung zu. Entlastungen müßten gefordert werden und starke Einsparungen seien zu erstreben. Die Umgestaltung der Verwaltung, Schaffung einer neuzeitlichen Buchhaltung, gesicherte und unabhängige Revisionen könnten erst nach den Etatsberatungen in Angriff genommen werden. Wichtig sei, daß die Reorganisationskommission die viel umstrittenen Rückstellungen beseitigt habe. Dadurch werde der Etat klar und übersichtlich. Einsparungen in Höhe von 2 bis 3 Millionen einschließlich der Ausgaben für das Wohlfahrtsamt sollen eintreten. Der Magistrat habe leider nicht alle Vorschläge angenommen und die Frage des Fluhafens, der städtischen Miethäuser, der Volkshoch- und Berufsschulen, des Beiratsamtes usw. bedürften noch einer genauen Überprüfung.

Der Grundbesitz, keine Ausgaben ohne Deckung, müsse streng durchgehalten werden.

Die zweite wichtige Bestimmung der Rotverordnung fordere, daß ab 1. April 1931 den Realsteuern der Gemeinden keine höheren Sätze zugrunde gelegt werden dürfen, als sie bis zum 31. Dezember 1930 festgesetzt waren. Damit sei eine sinnlose Hinausschiebung der Zuschläge ausgeschlossen. Die Vermehrung des städtischen Grundbesitzes und die Experimente des Generalbebauungsplanes müßten eingeschränkt werden. Der Erhöhung der Bürgersteuer seien auch Grenzen gesetzt und über einen 100prozentigen Ertrag von 300 000 bis 400 000 M. hinaus könne diese Steuer in Wiesbaden nicht erhöht werden. Die Biersteuer bezeichne der Redner als ertraglos, eine Gemeinde- und Getränkesteuer wäre für Wiesbaden nicht besser einschätzbar. Die Erhöhung der Grundsteuer über 375 Prozent hinaus verbiete die Rotverordnung. Sie beschränke sogar den Weg des Abbaues und mache eine Senkung der Gemeindesteuer in Wiesbaden um 20 Prozent zur Pflicht. Die von Preußen getroffene Regelung bezüglich der Senkung der Hauszinssteuer durchkreuze das Vorhaben der Reichsregierung durch die Verknüpfung der Abwälzung des höheren Zinsendienstes für Aufwertungsanpöbeln und sei völlig unzulänglich. Die Höhe des Hauszinssteuerkredits für Neubauten sei durch die Rotverordnung gestützt worden.

Die Besitzer der alten Häuser müßten fordern, daß aus dem Hauszinssteuerkredit auch dem Mittelbau Mittel zur Reparatur der Häuser zufließen. Versteuerte Wohnungen müßten modernisiert und vermietbar gemacht werden.

Eine weitere Bestimmung der Rotverordnung betreffe die Erhöhung der Freigrenze bei der Vermögenssteuer, die Regelung, daß vom 1. April 1930 ab die in diesem Jahre neu festzusetzenden Einheitswerte die Grundlage für die städtische und staatliche Grundsteuer abgeben müsse. Stadtd. Schneider schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß der Hausbesitz keine nackte Interessengruppe sei, sondern die individualistische Wirtschaft schütze.

Wiesbadener Gäste. Es sind hier eingetroffen und im Hotel „Schwarzer Bod“ absteigen: Historiker Universitätsprofessor Geheimrat Erich Brandenburg und Frau aus Leipzig; Industrieller Konsul R. J. Kuntz und Frau aus Wala (Finnland); Kommerzienrat Fabrikbesitzer Emil Vogel und Frau aus Leipzig; Chirurg Professor Dr. Serge Fedoroff aus Leningrad; Geheimrat Professor Ferdinand Sommer von der Universität München; Oberbürgermeister Hermann Elser und Frau aus Baden-Baden. Der Kabarettist von Burdman in Bessalen, Sir Bivan Mahab, ist in Begleitung seines Sohnes und Geliebten, von Heidelberg kommend, in Wiesbaden eingetroffen und hat im „Hotel Quisiana“ Wohnung genommen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. In der Dienstagvormittags-Ziehung wurden folgende größere Gewinne gezogen: 5000 M. auf 2367, 119 976, 313 377, 3000 M. auf 104 988, 237 383, 2000 M. auf 106 291, 197 948, 346 066, 394 527, 1000 M. auf 43 682, 115 785, 123 896, 173 774, 176 249, 227 259, 243 681, 248 294, 300 259, 305 278. — In der Nachmittagsziehung wurden folgende größere Gewinne gezogen: 50 000 M. auf 23 490, 10 000 M. auf 67 281, 309 234, 5000 M. auf 276 021, 3000 M. auf 110 745, 399 220, 2000 M. auf 140 105, 274 267, 337 135, 347 984, 1000 M. auf 16 291, 18 848, 27 717, 48 321, 160 779, 213 117, 226 061, 239 379, 247 379, 275 782, 343 101, 359 057, 365 582, 380 759, 390 909. (Ohne Gewähr).

Die Mittel für das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Wiesbadener Bezirk fast aufgebraucht. Bei der starken Zunahme der Arbeitslosen im Regierungsbezirk Wiesbaden empfand es bekanntlich auch die Bezirksverwaltung als Pflicht, mit dazu beizutragen, durch Schaffung rascher Arbeitsmöglichkeiten die Not in etwa lindern zu helfen. Man beschloß im Juli v. J. zur Ergänzung der von der Reichs- und Staatsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geplanten Maßnahmen die beschleunigte Aufstellung und Durchführung eines außerordentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms für den Wiesbadener Bezirk und stellte als Anteil für die Durchführung des Programms einen Betrag von einer Million Mark für 1930 zur Verfügung. Unter finanzieller Beteiligung der Kreise und Gemeinden sind insbesondere solche Maßnahmen als Notstandsarbeiten gefördert worden, die geeignet sind, eine möglichst große Zahl Erwerbsloser zu beschäftigen. Dafür kamen vorwiegend Meliorationen, Wegebauten, Wasserleitungsbauten, Umlegungen u. dergl. in Frage. Die Mittel werden als verlorene Zuschüsse gegeben. Bisher sind für 33 Maßnahmen verlorene Zuschüsse von insgesamt 961 100 M. bewilligt worden. Der größte Teil der Arbeiten ist teilweise bereits ausgeführt; die geringen Restmittel kommen in Kürze zur Verteilung.

Erstwahl im Kommunalrat für Stadtrat A. H. Nachdem der Magistrat Frankfurt a. M. dem Antrag des Stadtrats A. H. stattgegeben und ihn mit Rücksicht auf seine Wahl zum Stadtrat in Berlin und auf die Notwendigkeit der baldigen Übernahme dieses Postens sofort von seiner Frankfurter Dienststelle entbunden hatte, wird Stadtrat A. H. in Walde nach Berlin überföhren. Infolgedessen muß bestimmtungsgemäß Stadtrat A. H. sein Mandat als Abgeordneter des Kommunalrates des Regierungsbezirks Wiesbaden niederlegen, ebenso den Vorsitz im Landesausschuß, da Herr A. H. nicht mehr im Besitz der Bezirksverwaltung seinen Wohnsitz hat. Bis zur Wahl seines Nachfolgers, die durch den Kommunalratstag stattfindet, der Kommunalrat

Gegen die Einführung der Schankverzehsteuer in Wiesbaden.

Dringliche Vorstellungen in letzter Stunde.

Eine verhältnismäßig geringfügige Zuwendung aus Staatsmitteln an die notleidende Stadt Wiesbaden soll nach den darüber gemachten Mitteilungen davon abhängig gemacht werden, daß alle Steuermöglichkeiten ausgeschöpft werden. Demzufolge ist in Aussicht genommen, auch die letzte Steuerquelle, die bisher mit Rücksicht auf den Charakter Wiesbadens als Kur- und Bäderstadt nicht in Anspruch genommen worden ist, zu erschöpfen. Dadurch würde aber Wiesbaden ein Schaden zugefügt, der kaum mehr gut gemacht werden könnte.

Keine Steuer ist so sehr geeignet, den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, wie die Schankverzehsteuer. Diese Steuer lenkt den Fremdenverkehr dahin, wo eine Besteuerung des Verzehrs in Gast- und Schankwirtschaften nicht vorgenommen wird.

Dies ist vornehmlich auch für den Zustrom der Ausländer, die erfahrungsgemäß nicht gewillt sind, außer ihren Reise- und Verpflegungskosten auch noch Steuern tragen zu lassen. Wiesbaden, das erfreulicherweise mit allen Kräften bemüht ist, seinen Ruf als Kur- und Fremdenplatz ersten Ranges zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, soll gezwungen werden, diese Steuer einzuführen? Sogar die Reichsregierung hat die Schankverzehsteuer nur als äußersten Nothelf angeordnet, ihre Einführung an erschwerte Voraussetzungen geknüpft und ihre Aufhebung in der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 für den 1. April 1932 vorgeschrieben.

Jetzt soll Wiesbaden noch in letzter Stunde einen umfangreichen Kontrollapparat aufziehen, dessen Kosten wohl kaum in Einklang mit den aus dieser Sonderbesteuerung erzielten Einnahmen zu bringen wären! Dem muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Wenn die zuständigen Ministerien Zuwendungen an notleidende Städte davon abhängig machen wollen, daß alle Steuermöglichkeiten ausgeschöpft werden, so ist dieser Standpunkt an sich berechtigt. Eine Kur- und Bäderstadt wie Wiesbaden, deren Lebensnerv der Fremdenverkehr ist, darf aber nicht schematisch behandelt werden, muß vielmehr Anspruch auf Sonderbehandlung geltend machen.

Was nützt Wiesbaden eine Zuwendung, wenn durch Erfüllung einer hieran geknüpften Bedingung seine Kur und die hiermit in Zusammenhang stehenden Gewerbezweige empfindlich geschädigt werden?

Erfreulicherweise haben sowohl der Magistrat wie auch der Ältestenausschuß der Stadtverordnetenversammlung, in dem sämtliche Fraktionen vertreten sind, die drohende Gefahr erkannt und die Einführung der Gemeindegetränkesteuer in Wiesbaden abgelehnt.

Die Industrie- und Handelskammer Wiesbadens, die seit Jahren ihre wachsende Stimme gegen die Einführung der Gemeindegetränkesteuer erhoben hat, ist nunmehr nochmals bei den maßgebenden Stellen eindringlich vorstellig geworden, und hat dringend gebeten, diese den Fremdenverkehr erschwerende Sonderbesteuerung von der größten deutschen Bäderstadt fernzuhalten.

Ausbau des südwestdeutschen Rundfunksendernetzes.

Wellenlänge 259,3 Meter. — Ein Zwischenfender in Trier.

Antisch wird mitgeteilt: Der für Frankfurt a. M. bestimmte neue Rundfunksender wird eine Telephonleistung von 25 Kilowatt haben und auf der bisherigen Leipziger Welle 1157 Kilohertz (259,3 Meter) betrieben werden. Der Sender wird voraussichtlich zwischen Frankfurt a. M., Mainz und Wiesbaden aufgestellt werden. Das Reichspostzentralamt (Telegraphentechnisches Reichsamt) ist mit umfangreichen Messungen zur Feststellung des günstigsten Sendortes beauftragt. Der für Trier bestimmte Zwischenfender wird eine Telephonleistung von 2 Kilowatt erhalten, also 0,3 Kilowatt stärker sein als der bisherige Kölner Sender; er wird von Frankfurt a. M. aus mit der für Frankfurt in Aussicht genommenen neuen Welle (259,3 Meter) im Gleichwellenrundfunk betrieben werden. Der Kasseler Sender bleibt selbstverständlich bestehen.

Mittelschulen und Elternbeiräte.

Tagung des Provinzialverbandes Hessen-Nassau des Vereins für das mittlere Schulwesen in Gemeinschaft mit dem Provinzialverband der Elternbeiräte an Mittelschulen zu Frankfurt a. M. am 18. und 19. April.

Nach altem Brauch halten Eltern und Lehrer der Mittelschulen ihre größeren Tagungen gemeinsam, weil gemeinsame Ziele Haus und Schule zusammenführen. Der Begrüßungsabend führte am Samstag in großer Zahl Schüler, Eltern und Lehrer in den weiten Saal der Bodenseimer Turngesellschaft, der rasch überfüllt war. Was hier die Frankfurter Mittelschulen ihren Gästen boten an Musik, körperlichen Übungen und heiterer Begegnung, mußte Eltern und Lehrer mit Stolz und Dank erfüllen. Der Sonntagmorgen vereinte beide Verbände zu gemeinsamer Beratung, während an den Nachmittagen Vorträge und Vorträge getrennt ihre Tagesordnungen erledigten. Im Mittelpunkt der Tagung stand der anstehende Vortrag des Mittelschullehrers Dr. Wirth (Frankfurt a. M.): Die Idee der Mittelschule und ihre Verwirklichung im Deutschunterricht. Dr. Wirth ging aus von der jetzigen Struktur der Mittelschulen und während der Reisezeit und der Eigenart der deutschkundlichen Fächer, Deutsch, Erdkunde und Geschichte und zeigte, wie der Fachlehrer den Ring — Heimat, Vaterland, Welt — schließen muß, damit die Wissenschaft des Lehrers sich bei dem Schüler in Bildung umfesse. Verstehen und Darstellen sind die beiden Pole des Unterrichts. Gerade die Mittelschule will lebensnahe sein, daher ist ihr eines Ziel die Zweisprache, aber sie will auch ihre Schüler durch innere Disziplin reifen machen, damit der Mensch neben dem oft einseitigen Berufsleben ein zweites, geistiges Dasein führe und so teil habe an den Schätzen deutschen Geisteslebens, um fortzuschreiten zu können von der Stufe des Erzeugnisses zu dem, der sich selbst erzieht. Nachdem Eltern und Lehrer ihre Zustimmung zu den hohen Zielen ausgesprochen hatten, konnte der Provinzialvorsitzende, Mittelschullehrer A. v. d. den Dank für den gedanktreichen Vortrag aussprechen. Eltern und Lehrer wollen mitwirken im Kampf gegen den verfallenden, niederbreitenden und oft unfruchtbaren Geist sich modern gebenden Schrift-

Der Kongreß der Internationalen Handelskammer.

Die deutschen Wortführer.



Frowein.



Hamm.

Am 24. April schiffte sich in Bremen die deutsche Delegation für den Washingtoner Kongreß der Internationalen Handelskammer ein. Sie besteht aus etwa 30 Herren unter der Führung von A. Frowein, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, und dem Minister a. D. Dr. Hamm, dem geschäftsführenden Präsidialmitgliede des Deutschen Industrie- und Handelstages. Der Kongreß der Internationalen Handelskammer tagt vom 4. bis 9. Mai und wird alle wichtigen Gegenstände der internationalen Wirtschaftspolitik behandeln.

tag demnach dazu einberufen werden muß, verleiht der stellvertretende Vorsitzende, Kaufmann Ludwig Gotthardt-Eimbura a. d. L., den Posten.

Der Bau von Landarbeiterwohnungen. Durch den Erlass des Reichsarbeitsministers vom 23. Februar d. J. sind die Reichsbestimmungen über die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der werthehaltenden Arbeitslosenfürsorge geändert worden. Die geförderte Wohnfläche darf 50–60 Quadratmeter nicht übersteigen. Nur für kinderreiche Familien können 70 Quadratmeter bewilligt werden. Nicht größer als 40 Quadratmeter darf die Stell- und Scheunfläche sein. Um den Landwerker zu erleichtern, darf das Darlehen bei einer Eigenlandzulage von wenigstens 1 Hektar nutzbaren Bodens um 90 Prozent des Wertes, höchstens um 1500 M. erhöht werden. Erleichterungen sind für die Untervermietung geschaffen worden. Der Reichswirtschaftsminister hat jetzt hierzu erklärt, daß die Bestimmungen von 1927 über die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen mit den Ergänzungsbestimmungen aufgehoben werden, soweit sie der Neuordnung entgegenstehen. Die Bestrebungen zur Senkung der Baukosten sollen weiter fortgesetzt werden. Die Ernährung des Stelleninhabers und seiner Familie muß auch für die arbeitsfreie Jahreszeit sichergestellt sein.

Beschulung blinder und taubstummer Kinder. Auf Grund des Gesetzes vom 7. August 1911, betreffend die Beschulung blinder und taubstummer Kinder, fordert der Magistrat die im Stadtbezirk Wiesbaden wohnenden Eltern bzw. gesetzlichen Vertreter auf, die blinden und taubstummen Kinder, welche das 4. Lebensjahr vollendet haben, bis zum 10. Mai l. J. bei der Schulverwaltung, Lounstr. 3, 2. Stock, Zimmer 204, anzumelden.

Studienreise Vertreter ausländischer Reisebüros. Der Nord-Süd-Ausschuß, in dem die Städte Amsterdam, Essen, Köln, Koblenz, Wiesbaden, Düsseldorf, Frankfurt, Mainz, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart und München zusammengeschlossen sind, veranstaltet auch dieses Jahr wieder zur Förderung des Ausländerverkehrs, unter Bevorzugung der Rheinlinien, eine Studienreise von Vertretern ausländischer Reisebüros durch die Städte des Nord-Süd-Ausschusses. Die englischen Reisevertreter werden in diesen Tagen am Rhein eintreffen und von Mainz über Frankfurt ihre Reise nach Süddeutschland zur Förderung des Reiseverkehrs durchführen.

Wichtige Änderungen für Außenleiter. Nach den Bestimmungen der Deutschen Reichspost in den Rundfunkverordnungen vom 11. April 1930 müssen bei Kreuzungen zwischen Leitern oder Außenleitungen von Funkanlagen Anlagen und Fernmeldeleitungen, die öffentlichen Zwecken dienen, sowie bei gleichzeitigen Kreuzungen von solchen Leitungen die gültigen Vorschriften für Außenantennen des Verbandes Deutscher Elektrotechniker beachtet und befolgt werden. Der Verband hat jetzt seine Bestimmungen geändert. Die Reichspost empfiehlt daher allen beteiligten Kreisen zur Vermeidung von Weiterungen, sich mit dem neuen Wortlaut bekannt zu machen. Die Nichtbeachtung stellt eine Verletzung der Verordnungsbedingungen dar, die mit Gefängnis und Geldstrafe geahndet werden kann. Die postalischen Bestimmungen über Leitungen und Außenleitungen sind nicht nur bei der Errichtung oder Änderung von Empfangsanlagen zu befolgen, sondern der Teilnehmer hat auch die schon vorhandenen Leitungen auf seine Kosten logisch zu ändern, wenn sie nicht richtig sind. Auskunft erteilen für die Reichspost die Telegraphenbauämter.

Kein Sichtvermerkswang für Honduras. Zwischen Deutschland und Honduras ist nach einer Mitteilung der Reichspost für das Auswanderungswesen eine Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtvermerks im gegenseitigen Reiseverkehr getroffen worden, die am 27. April in Kraft tritt.

Bei der Gerichtskasse Wiesbaden bleibt wegen der Jahresabschlussarbeiten die Entgegennahme und Leistung von Zahlungen am 22., 23. und 24. April sowie bis 10½ Uhr am 25. April 1931 auf dringliche Fälle beschränkt.

Ein Ausbrennen eines Glasdaches verfehlt. In einem Hause der Friedrichstraße war gestern nachmittags ein Jahre alter Spengler an einem Glasdach mit Ausbrennarbeiten beschäftigt. Dabei schnitt er sich den rechten Unterarm an einer Scheibe auf. Mit stark blutenden Wunden brachte ihn das Sanitätsauto ins St. Josephshospital.

Lebensmüde. Gestern Abend vergiftete sich eine 55 Jahre alte Witwe in ihrer Wohnung in der Rheinstraße mit Veronal. Die Tat wurde jedoch noch rechtzeitig von betreuenden Familienmitgliedern entdeckt. Das Sanitätsauto brachte die Lebensmüde ins Städt. Krankenhaus.

Schwindler und Betrüger. In der letzten Zeit erschien ein angeblicher Dr. Kuhn bei hiesigen Geschäftsleuten und ließ sich eine Auswahlendung Waren nach der Rheinstraße 40 senden, wo er wohnen wollte, hatte es

aber lediglich darauf abgesehen, außer dieser Ware noch einen kleineren Posten gleich mitszunehmen, die dann mit auf die große Rechnung gesetzt werden sollte. Der Täter ist etwa 32 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlant und hat schwarzes Haar. Mitteilung an die Kriminalpolizei, Zimmer 63, erbeten. Der Vertreter Hans Baumart, geboren am 27. 12. 1889 zu Wiesbaden-Viebrich, wohnte vom 1. 4. bis 20. 4. 1931 in einem hiesigen Hotel. Während dieser Zeit hat er in hiesiger Stadt verschiedene Betrügereien begangen, indem er Waren kaufte und nicht bezahlte. Auch hat er unternommene Autofahrten nicht bezahlt. Es wird vermutet, daß noch eine Anzahl weiterer Geschäftsleute durch Baumart geschädigt worden sind. Diese werden gebeten, sich auf Zimmer 49 des Polizeipräsidiums, hier, Friedrichstr. 25, zu melden.

Diebstahlschronik. Am 30. März 1931 wurden aus einem Keller am Luxemburgplatz mittels Einbruchs mehrere Flaschen Sekt, Wein und Cognac gestohlen. In der Nacht zum 17. April 1931 wurden aus einem Schaufenster in der Kirchgaßstraße hier 5 neue Kniederbiederhosen gestohlen. In der Zeit wurden aus einem Grundstück im Distrikt „Kirchgarten“ einige Kirschbäume gestohlen. Am 18. April 1931, gegen 19 Uhr, wurde aus einem Lieferauto, das in der Neugasse aufgestellt war, 1 graue Windjacke gestohlen. In der Tasse befanden sich ein Führerschein, eine Steuerkarte und eine Zulassungsbescheinigung, sämtlich auf den Namen der Firma Thon und Waldschmidt in Wehen lautend. In den letzten Tagen wurden hier mehrere Fahrräder gestohlen, darunter Marke „Raumann“, Nr. 1159 282, „Cades-Depas“, Nr. 25 379, „Victoria“, „Frankold“ und „Wanderer“. Ferner wurde 1 neuer Bosch-Dynamo gestohlen.

Tanzturnier im Kurhaus. Bei dem Internationalen Tanzturnier im Kurhaus am Samstag dieser Woche sind außer den Herren Egon Bier und von Kaupfer die Herren Großkopf und Bremer Punkttrichter. In jeder der 3 Klassen sind für die 4 siegenden Paare Medaillen, außerdem für das erste Siegerpaar ein Ehrenpreis gestiftet. Die Stiftungen sind gemacht von der Kurverwaltung, der Firma Ernst und der Firma Ruthe.

Wiesbaden-Viebrich.

Im hiesigen Rathaus haben sich bei Schließung der Eintragungslisten für das Volksbegehren 2001 Personen eingetragen.

Wiesbaden-Schierstein.

Am Sonntag, 3. Mai, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Gesangsverein „Eintracht“ im Saalbau „Deutscher Kaiser“ unter Leitung seines Dirigenten Reinhardt ein Volksliederkonzert. Als Solisten haben ihre Mitwirkung ausgesetzt: Fräulein Maria Groth (Sopran) und Fräulein Gertrud Zeidler, Wiesbaden (Klavier).

Wiesbaden-Dogheim.

Infolge eines Schlaganfalles starb hier im 56. Lebensjahre der Buchdruckermeister Philipp Dembach. Die Gründung der Dembach'schen Buchdruckerei erfolgte hier am 1. April 1901. Bald darauf wurde die „Dogheimer Zeitung“, das erste Zeitungsunternehmen hier am Ort, ins Leben gerufen. Der Betrieb der Druckerei befindet sich seit einigen Jahren im eigenen Hause des Verstorbenen.

Mit Beginn des neuen Schuljahres wurden 85 Kinder (40 Knaben und 45 Mädchen) in die hiesige Schule aufgenommen, während am 31. März, nur 42 zur Entlassung kamen. Dieser Zustand, daß einer Entlassungsklasse zwei Aufnahmeklassen gegenüberstehen, wird sich noch zweimal wiederholen, worauf dann wieder sämtliche acht Jahrgänge zwei Parallelklassen haben werden, eine Folge des Geburtenanstiegs im Kriege. Trotzdem wurde infolge der Sparmassnahmen eine Klasse aufgeteilt, was auch bereits im vorigen Jahre schon einmal geschehen ist. Eigentlich betrug die Zahl der im hiesigen Stadtteil in diesem Jahre schulpflichtigen Kinder 111, doch besuchten die Kinder der Siedlung Talheim in sämtlich die Vorkerschule, was für diese nach Herstellung des Schulgebäudes bedeutend angenehmer ist. Der Bezirksverein „Dogheim-Süd“ hatte bei der Schulverwaltung den Antrag gestellt, alle Kinder, die an der Viebricher Landstraße, in der Siedlung „Talheim“ und an dem Strahlenmühlweg wohnen, der Vorkerschule zu überweisen. Die Gesamtzahl der Kinder unterer Schule beträgt gegenwärtig 641 (325 Knaben und 316 Mädchen), was bei 14 Klassen eine durchschnittliche Klassenstärke von 47 ergibt.

Wiesbaden-Bierstadt.

In der ordentlichen Generalversammlung des Spar- und Vorshub-Vereins, die am Samstagabend in der „Rose“ stattfand, erstattete nach kurzen Begrüßungsworten der Direktor Landwirt Heinrich Bierbrauer den Geschäftsbericht, der besagt, daß der Verein sich ständig weiterentwickelt hat. Der Gesamtumsatz ist von 2958 611,75

Mark Ende 1929 auf 3 143 415,88 M. gestiegen. Die Betriebsmittel haben sich von 160 931,39 M. Ende 1929 auf 175 405,57 Ende 1930 erhöht. Bei den Sparsparlagen ist eine weitere Vermehrung von 107 342,47 M. auf 119 232,84 M. festzustellen. Der Reingewinn beträgt 1973,51 M. Der Bericht des Aufsichtsrats über Prüfung der Jahresrechnung und Bilanz, erstattet von dem Vorsitzenden Karl Bierbrauer, betonte die sachgemäße Bearbeitung der Buchführung und Kassen-geschäfte seitens des Kassanten R. Wink und beantragte die Genehmigung des Geschäftsstandes für 1930 und die Entlastung des Vorstandes. Die Anträge wurden einstimmig genehmigt. Über die Verwendung des Überschusses wurde beschlossen, 10 Prozent dem Reservefonds, 10 Prozent den Betriebsunkosten zuzuführen, 6 Prozent Dividende zu verteilen und den Rest dem Konto „Spezialrücklage“ zu überweisen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 201 mit einer Gesamtsumme von 100 500 M. Der Jahresumsatz beträgt in Soll und Haben 1 438 490 M. Die statutenmäßig aus-scheidenden Mitglieder Frd. L. Kaiser, Paul M. Seufberger vom Vorstand und Karl Bierbrauer, Aug. Verbort vom Aufsichtsrat wurden einstimmig wiedergewählt.

Vorberichte

über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Kurhaus. Das Abonnementskonzert des Kurorchesters morgen Donnerstag findet unter Leitung von Kapellmeister Herbert Albert (Kaiserslautern) als „Weber-Bagner-Liszt-Abend“ statt. — Der Gesellschaftspaziergang am Freitag führt zum Schützenhaus (Goldseintl). Treffpunkt 14½ Uhr am Haupteingang des Kurhauses.

Wiesbadener Lichtspiele.

* Ufa-Palast. Der neue Charlie-Chaplin-Film „Vielte, der Großstadt“ mußte des Andrangs wegen weitere drei Tage verlängert werden und läuft am Donnerstag zu Ende. Die beiden letzten Tage sind als Volkstage angesehen bei bedeutend ermäßigten Preisen. — Am Freitag steigt die Premiere „Das Schicksal der Renate Langen“, mit Madu Christians, Alfred Abel und Franz Fiedler.

* Der Film-Palast spielt ab heute Mittwoch „Panzerkreuzer Potemkin“ in tönender Fassung, und zwar in Erstaufführung für Wiesbaden. Dieses viel umstrittene Spitzenwerk der Filmkunst behandelt die bekannten aufsehenerregenden Vorgänge in der russischen Schwarzen-See-Flotte. Der stumme Film ist nicht nur nachträglich mit Musik versehen worden, sondern erfährt unter Wahrung der Kunstform eine eingehende Neubearbeitung, so daß sich das alte Werk in neuer Form als Tonfilm präsentiert. Im Beiprogramm ein Sportfilm „Rivalen im Weltrekord“.

Aus dem Vereinsleben.

* Der „Wiesbadener Musikverein“ (Ortsgruppe Wiesbaden des Reichsbundes ehemaliger Militärmusiker), E. B., hielt am 11. April d. J., im „Schaffensburger Hof“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Tagesordnung gedachte der neugewählte 1. Vorsitzende, J. Eißler, in herzlichen Worten den nunmehrigen Ehrenvorsitzenden, August Krug, der dem Verein 25 Jahre in treuer Vorkämpfung vorgesetzt hat. Er hob ganz besonders seine großen Verdienste um das Wohl des Vereins hervor. Als Zeichen der Dankbarkeit wurde dem Jubilär ein schönes Geschenk überreicht mit dem Wunsch, daß es dem Jubilär und Förderer der alten, guten deutschen Militärmusik vergönnt sein möge, dem Verein noch recht lange anzugehören. Im weiteren Verlauf der Versammlung dankte der 1. Vorsitzende den Mitgliedern Adolf Quant und Hugo Müller für ihre langjährige Tätigkeit im Vorstande, und dem 1. Kassierer W. Bölliger für seine zehnjährige Mithewaltung. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder zum fleißigen Besuch der Proben, sowie zum Zusammenhalten ermahnt hatte, schloß er die Versammlung mit dem Wunsch: Möge es dem Wiesbadener Musikverein vergönnt sein, das musikalische Publikum mit den feinsten und beliebtesten Militärmusiken wieder erfreuen zu können.

Wahrheiten!

Rücksichtslosigkeit aus Unüberleasheit und Bequemlichkeit.

Dies Unfallverhütungsbild des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften sollte vor allen Dingen auf jeder Bahnhofstreppe, aber auch sonst in allen viel besuchten öffentlichen Gebäuden, auf den Treppen der Warenhäuser, der Cafés und Restaurants ausgehängt werden. Denn immer wieder kommen schwerste Augenverletzungen durch diese gefährliche Unsitte vor.



Wahrhaftig bedeutet: Bewahre Dich, indem du richtig um dich schaust! Bewahre auch andere vor Unheil, das du verursachen kannst. Für alle Passanten gilt daher die Mahnung: Wenn du nicht gedankenlos oder mit unüberlegter Hast eine Treppe hinaufstiehmst, sondern durch überlegtes Umdichschau deinen Weg sicherst, dann wirst du nicht in ein gefährliches Stod- oder Schirmende hineinlaufen und dich vor einer Verletzung bewahren. Und wenn du deinen Stod oder Schirm senkrecht am Körper verwascht und nicht damit herumfuchtelst, so wirst du auch andere nicht gefährden!

Die Nachteile der „mittleren Reife“.

„Mittlere Reife“ nicht gleich „Obersekundareife“. — Genügt die „mittlere Reife“ für die Beamtenlaufbahn? — Das weitere bestehende Monopol der „Obersekundareife“ bei der Beamtenlaufbahn. — Neue amtliche Bestimmungen erforderlich.

Das Abereinkommen der Unterrichtsverwaltungen der Länder über die Zeugnisse der „mittleren Reife“ hat, wie im Interesse der älteren Schüler bemerkt sei, für die zukünftige Laufbahn der Inhaber des Zeugnisses der „mittleren Reife“ durchaus nicht die Bedeutung, die man ihr allgemein nach dem Wortlaut des Abereinkommens auszusprechen geneigt ist. Die Hauptfrage dabei ist die, ob auch die Berechtigungen dieses Zeugnisses die gleichen sind, wie die der Zeugnisse der „Obersekundareife“. Zwar wird in einer Mitteilung des Reichsministeriums des Innern, die die Vereinbarung der Länder behandelt, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „die Hochschulzeugnisse der preussischen Mittelschulen und anderer ihnen entsprechender Schulsysteme, eines zehnjährigen Volksschulunterrichts, sowie bestimmte Arten von Fachschulen im Hinblick auf die Anforderungen für Beruf und Leben als gleichwertig der Obersekundareife der höheren Schulen gelten“. Diese Verfügung ist an sich sehr erfreulich und spricht mit den Worten „für Beruf und Leben“ klar aus, daß tatsächlich die Zeugnisse der mittleren Reife für eine nichtakademische Laufbahn eine genügende Bildungsstufe gewährleisten, um den Inhabern dieser Zeugnisse das Fortkommen in jedem praktischen Berufe zu ermöglichen. Die Regierung der Länder und der Reichsminister des Innern haben mit dieser Formulierung der Abmachungen auch das Bestreben gehabt, den Zeugnissen der mittleren Reife in der Berücksichtigung der Geltung zu verschaffen, die ihren Inhabern im Interesse einer Berufswahl zufallen muß. Aber Bestimmung steht gegen Bestimmung. Es gibt heute noch bei zahlreichen staatlichen Laufbahnen, wie z. B. bei der Post und Eisenbahn und bei anderen Reichs- und Staatsbetrieben die ausdrückliche Verfügung, daß für die mittlere Laufbahn die Obersekundareife erforderlich ist. Viele Stadtverwaltungen verlangen die gleiche Vorbildung von ihren mittleren Beamten. Auch der Besuch einer Anzahl von höheren Bildungsanstalten wie z. B. der höheren Maschinenbau- und der staatlichen Gärtneranstalt ist davon abhängig, daß der Bewerber das Zeugnis der Obersekundareife besitzt. All diese Verfügungen sind noch nicht aufgehoben. Sie bestehen also noch zu Recht und werden selbstverständlich bei der Aufnahme neuer Beamtenanwärter oder neuer Zöglinge beachtet werden, zumal nicht die Reklamation besteht, die Bildungsanforderungen abzubauen, sondern zu erhöhen. Vielfach wird auch dort, wo nur die Obersekundareife als Bedingung für die Beamtenlaufbahn vorgeschrieben ist, den Inhabern von Abiturientenzeugnissen der Vorzug gegeben. Da der Besuch von Fachschulen nach einer mehrjährigen praktischen Tätigkeit im Berufsleben oder anderen Fachschulen nicht selten für das praktische Leben eine bessere Ausbildung gewährleistet, als der Besuch von höheren Schulen, so werden viele junge Leute sich jetzt diesen Fachschulen zuwenden, da nach der Abereinkunft der Länderregierungen die Hochschulzeugnisse ihnen auch Berechtigung zur Erzielung verschiedener Beamtenlaufbahnen zu geben scheinen. Sie werden natürlich sehr enttäuscht sein, wenn sie dann hören werden, daß tatsächlich die Obersekundareife für ihren Eintritt in die Beamtenlaufbahn erforderlich ist. Zwar wird die ministerielle Bemerkung, daß die Zeugnisse der mittleren Reife für die Anforderung für Beruf und Leben als gleichwertig der Obersekundareife der höheren Schulen zu gelten haben, wahrscheinlich hin und wieder dazu führen, daß die Inhaber dieser Zeugnisse zu manchen Beamtenlaufbahnen zugelassen werden, für die nach der augenblicklichen Bestimmung nur die Obersekundareife in Betracht kommt. Aber auch für diese kann es zahlreiche Schwierigkeiten geben, solange nicht einwandfrei die Frage entschieden ist. Gerade bei der großen Bedeutung, die die Berufswahl in heutiger Zeit hat, muß über die Anforderung der Vorbildung völlige und zweifelsfreie Klarheit herrschen, wenn nicht in laienhaften und abergläubischen Fällen Zweifel oder gar Enttäuschungen an dem entscheidenden Wendepunkt des Lebens der jungen Leute, nämlich bei ihrem Austritt aus der Schule und dem Eintritt ins praktische Leben, entstehen sollen, von den schweren wirtschaftlichen Schädigungen ganz zu schweigen. Die Auslegung des Wortlauts der Bestimmungen darf nicht, wie es heute durchaus noch der Fall ist, einzelnen Leitern höherer Schulen oder höheren Beamten überlassen bleiben, und das ist der Fall, wenn sie sich auf langjährige Verfügungen berufen können oder müssen, die durch neue Abereinkünfte der Länderregierungen nicht aufgehoben sind. Um alle Zweifel und Missverständnisse in der Zukunft zu beseitigen, ist es also nötig, daß von maßgebender Stelle die bisherigen Verfügungen über das Monopol der Obersekundareife aufgehoben werden. Zumindestens sind sie dahin zu ergänzen, daß neben das Wort Obersekundareife die Worte „und mittlere Reife“ hinzugefügt werden.

9,2 Milliarden Kommunalverschuldung.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1930 ist nach einer Überprüfungs der Statistiken Reichsamt eine wesentliche Verlangsamung in der kommunalen Verschuldung eingetreten, die zum Teil auf das Darniederliegen des Emissionsmarktes, zum Teil auf die Anstrengung der Gemeinden in Bezug auf eine Senkung ihrer Schuldenlast zurückzuführen ist. Nach den Auswertungen, die die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und die Gemeindeverbände vierteljährlich einzureichen haben, hatte sich die Kommunalkommunalverschuldung von April bis Juni 1930 insgesamt um 331,1 Millionen M. erhöht. Im darauffolgenden Vierteljahr beträgt dieser Zuwachs nach 216,7 Millionen M. im letzten Vierteljahr 1930 nur noch 175,1 Millionen M. Der Stand der Kommunalschuld (ohne Gemeinden unter 10 000 Einwohnern) beläuft sich Ende 1930 auf 9210,5 Millionen Mark gegenüber 8818,7 Millionen M. am 30. Juni 1930. In der Verlangsamung im Tempo der Verschuldung sind vor allem die Gemeinden zwischen 25 000 und 100 000 Einwohner und die Provinzialverbände beteiligt, während die Großstädte und die Kreisverbände noch recht ansehnliche, zum Teil gegen Ende 1930 sogar wieder steigende Schuldzuwächse aufweisen. Von der Gesamterhöhung von Juli bis Dezember 1930 um 391,8 Millionen M. entfallen auf die Großstädte 233,8 Millionen M. Ende Dezember entfielen 55 Prozent der von der Statistik erfassten Kommunalkommunalverschuldung auf die Großstädte. Erstlich betrachtet ging, wie das Statistische Reichsamt weiter feststellt, die stärkste Kreditnachfrage während der Berichtszeit von Berlin, den Gemeinden im Westen Preussens, den bayerischen und den sächsischen Gemeinden aus. Von der Gesamtvermehrung von Juli bis Dezember entfielen auf Berlin 69,3, die Gemeinden in der Rheinprovinz 58,8, Bayern 42,3, Hessen-Rheinland 28 und Sachsen (Land) 25,7 Millionen M. Bezogen auf den Stand vom Juni 1930 war der Zugang an neuen Schulden auch in einigen vorwiegend agrarischen Gebieten bemerkens-

wert hoch (Grenzmark, Posen-Westpreußen 16 Prozent des Juni-Standes, Ostpreußen 7 Prozent, Bayern 6,7 Prozent). Die Aufnahme der neuen Kredite erfolgte fast ausschließlich auf den Inlandsmärkten. In den Sommermonaten hat die kommunale Umschuldungsaktion noch merkwürdige Fortschritte gemacht. Die mittel- und kurzfristige Verschuldung wies zum erstenmal absolut einen Rückgang um 14,6 Millionen M. auf. In den Herbst- und Wintermonaten ist das Bild jedoch wesentlich ungünstiger geworden. Die mittel- und kurzfristigen Schulden erreichten wieder einen Betrag von 65,9 Millionen M.; 41 Prozent der inländischen Neuverschuldung bestand Ende 1930 noch aus kurz- und mittelfristigen Krediten. Bei einer länderweisen Betrachtung ergibt sich ein verhältnismäßig günstiges Bild von dem Fortschreiten der Umschuldung für die hessischen Gemeinden. Bei ihnen hat sich der Anteil schwebender Schulden von 42,32 Prozent im Juni auf 38,63 Prozent Ende 1930 vermindert. Auch für die preussischen Gemeinden ist eine Verringerung von 45,98 auf 43,7 Prozent festzustellen. Andererseits ist in Bayern, dessen Gemeinden allerdings verhältnismäßig wenig mit kurzfristigen Krediten arbeiten, der Anteil dieser Kredite von 30,51 auf 33,81 Prozent gestiegen.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Die J. G. Betriebs- und Arbeiterräte gegen die Werkspionage.

— Frankfurt a. M., 21. April. Eine gestern Abend in Höchst abgehaltene Versammlung der freigewerkschaftlichen Vertrauensmänner im Werk Höchst der J. G. Farbenindustrie nahm zu der Werkspionage-Affäre Dienst- und Genossen Stellung. Einmütig wurde das Verhalten des Betriebs- und Arbeiterrates in der Frage der gemeldeten Entlassungen gebührend getadelte. Ebenso einmütig wurde das Gebahren der A. G. O. verurteilt, da es die Interessen der Arbeiterschaft der J. G. Höchst aufs schwerste schädigt. In einer Entschließung verurteilt die freigewerkschaftliche organisierte Arbeiterschaft die Werkspionage auf das entschiedenste. Von den bisher entlassenen 23 Arbeitern gehörten sechs dem Betriebsrat und einer nur dem Arbeiterrat an. Von den zur Aufklärung in Betracht kommenden Vorgesetzten für die Entlassenen sind nur noch vier im Werk beschäftigt.

Einzelhandelsbesprechungen in Frankfurt a. M.

— Frankfurt a. M., 21. April. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin, die Spitzenorganisation aller Einzelhandelsverbände im Reich, beruft die Geschäftsführer ihrer Mitgliedsverbände zu einer Beratung nach Frankfurt a. M., die am 12. Mai stattfinden soll. Diese Beratungen haben sich in den letzten Jahren als eine regelmäßige Übung herausgebildet, sie finden abwechselnd in den verschiedenen Handelszentren des Reiches statt. Wenn diese Geschäftsführerbesprechungen der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels auch keine verbindenden Beschlüsse fassen, da sie satzungsgemäß nicht dazu in der Lage ist, so ist sie doch deswegen von großer Wichtigkeit für den gesamten Einzelhandel im Reich, da sie der persönlichen Aussprache über aktuelle Tagesfragen dient. Gelegenheit zu wichtigen Anregungen für die Arbeit der Geschäftsführung der Hauptgemeinschaft und zum Austausch wertvoller Erfahrungen innerhalb der Verbände der einzelnen Länder bietet. Aus Anlaß dieser Beratungen wird am Vorabend der Konferenz, am 11. Mai, eine Rundgebung des Frankfurter Einzelhandels stattfinden, bei der führende Persönlichkeiten über die aktuellsten wichtigen Wirtschaftsfragen sprechen werden.

Mutter und Kind gemeinsam in den Tod.

— Frankfurt a. M., 21. April. Ende März wurde aus der Nidda bei Berkersheim die Leiche eines knapp drei Monate alten Kindes gelandet. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die 29 Jahre alte Frau eines Mauerparadiesers aus Vilbel schon seit dem 10. März ihre Wohnung verlassen und das Kind mitgenommen hatte. Das aus dem Wasser gesogene Kind wurde auch als das des Mauerers identifiziert. Von der Mutter, die an Verfolgungswahn gelitten haben soll, fehlte bisher aber noch jede Spur. Jetzt ist sie als Leiche aus dem Main gelandet worden.

Frankfurter Chronik.

— Frankfurt a. M., 21. April. Vor vier Wochen sprach bei dem Filialleiter einer Lebensmittelgroßhandlung ein junger Mann vor, der sich angeblich auf der Wanderung von Konstanz nach Halle a. S. befand. Großmütig gab der Herr dem „Wanderburschen“ eine Reichsmark. Am letzten Sonntag schickte er nun an der Tür des Herrn. Es fanden zwei Männer vor der Tür, darunter der Wanderbursche, der berichtete, daß er Arbeit in Leipzig gefunden habe, für die Reise nach dort aber noch 20 M. gebrauche. Darauf wollte der Filialleiter die beiden Gauner an die Lust lassen. Ehe er aber dazu kam, erhielt er von einem der Burschen einen heftigen Schlag auf den Kopf. Als sich im Laufe andere Bewohner bemerkbar machten, ergrieffen die Gauner die Flucht und konnten bisher nicht ergriffen werden. — Vor etwa zehn Tagen verschwand in Bad Homburg ein jugendlicher Auswanderer einer dortigen Firma mit einer Barsumme von 1000 M., die er in einer Bank einzahlen sollte. Am Montag konnte er nun in Frankfurt an der Seite seiner „Braut“ erwischt werden. Der Junge hatte in den wenigen Tagen bereits 365 M. verjubelt. Er kam in das Polizeigefängnis.

Zehn Jahre Landrat des Obertaunuskreises.

— Bad Homburg, 21. April. Heute ist ein Jahrzehnt verflossen, seit der Obertaunuskreis unter der Leitung des Landrats von Erdelsens steht. Mit ruhiger Sachlichkeit hat er es bisher verstanden, die Geschäfte des Kreises durch Zeiten schlimmster politischer Wirrnisse zu führen; weniger waren es innenpolitische Schwierigkeiten, als vielmehr die Befehle der einen Kreishälfte durch feindliche Truppen. Mit großer Energie setzte er es allmählich durch, daß die so zerrissene Verwaltungseinheit wieder hergestellt wurde. Wohnungswesen, Wohlfahrtswesen, Mittelstands- und vor allem die Finanzen des Kreises haben bis heute eine Entwicklung genommen, die den Obertaunuskreis als verhältnismäßig günstig stellt erscheinen läßt.

Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg †.

— Wertheim a. M., 21. April. Am Montagvormittag starb nach kurzem Krankenlager Ernst Alban Ludwig Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg an

den Folgen eines Schlaganfalls im Alter von 77 Jahren. Er war Mitglied der Ersten Kammer von Baden, Baden und Württemberg, während des Weltkrieges Kommandant von Kolmar.

Verzögerung des Koblenzer Brückenneubaus.

— Koblenz, 21. April. Die seit 1927 schwebende Frage der Errichtung einer neuen Molebrücke, deren Finanzierung durch entsprechende Zuschüsse von Reich, Staat und Provinz gesichert ist, hat eine unerwartete Verzögerung erfahren. In der für kommenden Mittwoch angesetzten Stadtverordnetenversammlung sollte die endgültige Entscheidung getroffen werden. In letzter Stunde hat nun die Rheinstrombauverwaltung erhebliche und grundsätzliche Bedenken dagegen ausgesprochen, daß die Strompfeiler der Brücke schräg zum Stromlauf stehen sollen und unter Umständen eine Behinderung der Schifffahrt darstellen könnten. Die Stadtverwaltung hat daraufhin für Mittwoch angesetzte Stadtverordnetenversammlung abgesagt, da in den zuständigen Ausschüssen keine Einigung über die Bedenken der Rheinstrombauverwaltung erzielt werden konnte. Die Rheinstrombauverwaltung wird in den nächsten Tagen mit den Schiffahrtsinteressenten noch einmal eine Ortsbesichtigung vornehmen.

— Mainz, 21. April. Gestern früh starb, 85jährig, der Mutter des Bischofs von Mainz, Frau Anna Maria Huan, geb. Kleinhank.

!! Radesheim i. Rh., 21. April. Zu dem gemeldeten Motorradunfall der beiden Frankfurter Motorradfahrer ist nachzutragen, daß das Motorrad einem hiesigen Installateur gestohlen war. Die Burschen sahen das Rad vor einer hiesigen Wirtschaft stehen und hielten es mitgehen. Sie konnten sich aber nicht lange des Besitzes erfreuen, denn das Unglück ereilte sie schnell.

!! Oberlahnstein, 21. April. Bei der Ausfahrt aus der Halle entgleiste heute vormittag ein Triebwagen und verlor das Hauptgleis. Ein Hilfszug mußte hinzugesogen werden und nach 1½stündiger Anstrengung gelang es dann, den Triebwagen wieder flott zu machen.

Marktberichte.

Wiesbadener Wochenmarkt.

Klein- bzw. Großhandelspreise am 21. April 1931. 10 Pfund, Stück beim Gebund in Reichspennia. Weizen (15), Roggen (24), Weizen (22), Grünkohl (Winterkohl) 25 (20), Gelbe Rüben 8 (6), Schwarzwurzel 30-35 (25-30), Kohlrabi (Junge) 25-30 (20-25), Spinat 20-25 (15-18), Blumenkohl (ausl.) 40-100 (35-70), Spargel 250 (200), Meerrettich 30-50 (25-40), Sellerie 15-30 (15-25), Lauch 5-10 (4-8), Zwiebeln 15 (12), Kartoffeln 8 (5), Kopfsalat 25-30 (20-25), Blattsalat 80 (50-60), Feldsalat 60 (40), Treibbäume 40-70 (35-60), Khasbarber 30 (25), Radishesen 10 (7), Champignons (ausl.) 45-50 (40-45), Kohlpfaffen (deutsche) 45-60 (40-50), Zitronen 5-8, Apfelsinen 6-15, Bananen 10-15, Landbutter 140-160, Landbier 9-15, Handkäse 8-15. (Die eingeklammerten Preise sind Großhandelspreise.)

Eine Stube bietet für den Gemüsemarkt das anhaltende kalte Wetter. Auf das Treibgemüse hat sich die Nachfrage in ziemlichem Umfang schon eingestellt und verlangt ständig Nachschub und Angebot. Aber auch die Wintergemüse, wie Kohl, besonders Rotkohl, Schwarzwurzel und teilweise auch Sellerie, sind erneut stärker gefragt und erzielen wesentlich günstigere Preise. Das Angebot kommt, besonders in Rotkohl und Schwarzwurzel, überwiegend aus Holland, da die heimischen Vorräte zu Ende gehen. Kopfsalat aus den Treibgemüsebaugebieten von Wiesbaden und Frankfurt ist dagegen bei zunehmendem Angebot im Preise schon rückgängig. Treibbäume und Radishesen, besonders aber Essiggarnen, sind gut gefragt und finden glatte Abnahme. Zum erstenmal waren auch heimische Treibbäume angeboten und fanden sehr gute Abnahme. Die Preise für Salatgurken sind weiterhin rückgängig. Am Auslandsmarkt läßt nun das Angebot von Blumenkohl nach. Mit dem Einsetzen des inländischen Kopfsalatgeschäftes haben die Ankünfte von spanischem und italienischem Salat aufgehört, an deren Stelle ist nun wieder französischer Salat getreten.

In Obst ist das Geschäft im allgemeinen behauptet. Seit einigen Tagen sind die ersten inländischen Treibbäume aus den Betrieben des Nordtaunusgebietes am Markte, sie werden bis zu zehn Mark je Pfund bezahlt. Das Angebot von amerikanischen Äpfeln ist nach wie vor sehr groß. Die Preise konnten im allgemeinen gehalten werden. Etwas härter ist die Nachfrage für Apfelsinen geworden, die Zufuhren aus Spanien, besonders aber aus Italien, beginnen schon nachzulassen. In den übrigen Südfrüchten ist das Geschäft ziemlich unverändert und hat seinen großen Umfang.

Mainzer Schlachtviehmarkt.

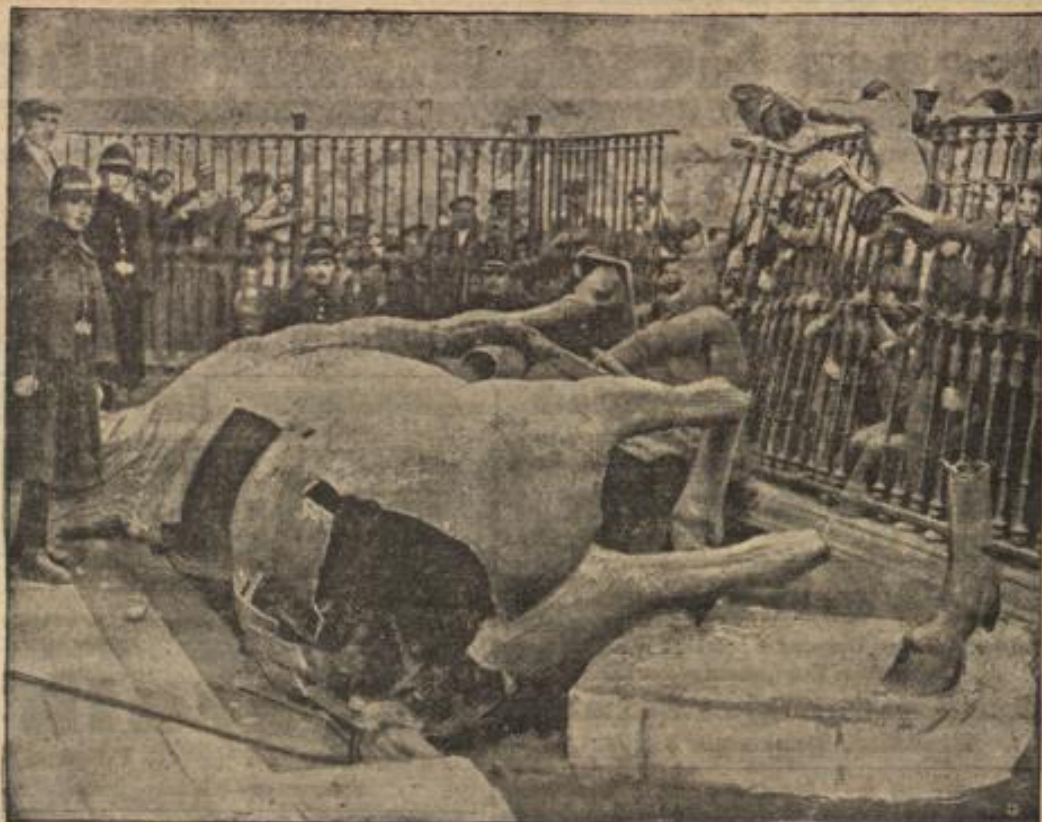
Mainz, 21. April. Auftrieb: 26 Ochsen, 13 Bullen, 573 Kühe oder Färsen, 300 Kälber, 850 Schweine. Marktverlauf: in allen Gattungen schleppend; Überhand. Ochsen: vollfleischig, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, jüngere 44-47, sonstige vollfleischig ältere 33-35. Bullen: fleischig 32-36. Kühe: jüngere, vollfleischig höchsten Schlachtwertes 32-35, sonstige vollfleischig oder gemästet 25-30, fleischig 20-25, geringe gemästet 16-20. Färsen: vollfleischig ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 42-47. Kälber: mittlere Mast- und Saugkälber 54-60, geringe Kälber 40-52. Schweine: vollfleischig von circa 100 bis 120 Kilogramm Lebendgewicht 42-46, dito von circa 80-100 Kilogramm Lebendgewicht 46-48.

Frankfurter Pferdemarkt.

Frankfurt a. M., 21. April. Der Pferdemarkt war infolge Zufahrtens mit Wägen in zwei Nachbarn Städten geringer besetzt als im Vormonat. Junge, gute Pferde waren wie auf allen Märkten Südwestdeutschlands knapp und im Preise ansehend, demzufolge fand auch ein Transport ostpreussischer und ermländischer Pferde bei zufriedenstellenden Preisen schnellen Abzug. Neben zahlreichen Interessenten aus der Landwirtschaft traten auch viele Handelsleute als Käufer auf. Schlachtvieh wie bisher gesucht. Der nächste Pferdemarkt findet am 18. Mai statt.

Frankfurter Häuteauktion.

— Frankfurt a. M., 21. April. Die diesmonatliche Häuteauktion war recht gut besucht. Gegenüber dem Vormonat lagen Schaffelle im Preise wenig verändert; Kalbsfelle lagen etwas an. Ebenso lagen Grobvielhäute bis 20 Pfund eine Kleinigkeit höher, dagegen schwerere Grobvielhäute im allgemeinen etwas niedriger.



Das Gesicht der Revolution.

Die Trümmer des Standbildes des Königs Philipp III. von Spanien in Madrid, das die Menge im ersten Rausch der Begeisterung über den gescheiterten Umsturz zerstörte.

Aus den Berichtssälen.

Der Düsseldorfer Mörder vor den Geschworenen.

Die Psychiater sagen: Kürten ist nicht geisteskrank im Sinne des § 51, aber Psychopath.

Die Gutachten der Sachverständigen.

Düsseldorf, 21. April. Am 8. Verhandlungstag im Kürten-Prozess folgte die Vernehmung der Sachverständigen. Professor Dr. Scioli, Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg, erklärte, daß sich drei Psychiatergruppen mit Kürten befaßt haben, jedoch eine Spezialisierung der Gutachten möglich sei. Der Sachverständige sagt aus, daß die Taten Kürtens nicht im Zeichen krankhafter Geistesverfassung begangen worden seien. Eine organische Gehirn- oder Geisteskrankheit war nicht festzustellen, ebenso keine unerblicklichen Gemütsbewegungen. Auch ein formelles führendes Denken war nicht festzustellen. Bezüglich der von Kürten erwähnten sogenannten Sühneidee wurde ermittelt, daß diese Idee keine Wahneidee war, sondern nur ein Ausfluß der Phantasie und der Wachträumerei, denen sich der Angeklagte hingab. Diese Art Phantasie ist nicht krankhaft. Der Sachverständige erklärt weiter, typisch sei Kürtens Großmännlichkeit. Abschließend könne man sagen, daß eine Geisteskrankheit bei dem Angeklagten nicht vorliege. Es bestehe auch keine Bewußtlosigkeit krankhafter Natur, da er ein ausgezeichnetes Gedächtnis habe. Eine Vererbung komme bei Kürten ebenfalls nicht in Frage. Geisteskrankheit sei in der Familie nicht vorgekommen, wohl aber Neigung zur Trunksucht und kriminellen Vergehens; aber deshalb müßte Kürten nicht in dieser Weise kriminell werden. Wenn auch das Milieu in seiner Familie denkbar schlecht war, so dürfte er doch nicht schrankenlos und verantwortungslos allen Regungen nachgeben.

Nach diesen Aussagen entspinnt sich eine längere Diskussion. Auf eine Frage des Verteidigers, der sich der Staatsanwalt anschließt, ob die klinische Untersuchung ein Jahr nach der letzten Mordtat einen sicheren Schluss zulasse, erklärt der Zeuge: Auf Grund der ganzen Taten muß ich sagen, daß keine Geisteskrankheit vorlag. Gerade der Fall kann jetzt von Anfang bis zum Ende eine klare Überzeugung. Auf weitere Fragen des Verteidigers erklärt der Sachverständige, daß der Angeklagte mit der Absicht von zu Hause fortging, Menschen zu töten, habe er in den meisten Fällen für unwahrscheinlich.

Es folgte die Vernehmung des Direktors der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Bau, Dr. Räder. Er berichtet über die klinische Untersuchung des Angeklagten in seiner Anstalt. Es besteht bei Kürten weder Epilepsie noch Schwachsinn. Der Angeklagte verhält sich meist ruhig, was mit seinem starken Geltungsbedürfnis zusammenhängt. Kürten ist ein rücksichtsloser Egoist, brutal, dreist und mehrdeutig. Die Fragen nach Geisteskrankheit, verminderte Zurechnungsfähigkeit oder Unnormalität sind bei ihm zu verneinen. Bei der hohen geistigen Entwicklung des Kürten kommen für ihn Voraussetzungen einer Geisteskrankheit im Sinne des § 51 nicht in Frage.

In der Diskussion erklärt der Sachverständige, daß er mit dem anderen Sachverständigen in seinen Anschauungen übereinstimme. Er glaubt, daß Kürten die vielerlei Dinge, die ihn zu einem Grenzfall machen, sich in seinen Straftaten angeeignet hat.

Als dritter Sachverständiger wird Universitätsprofessor Dr. Bühner vernommen, vor dessen Vernehmung der Staatsanwalt den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragt. Das Gericht entspricht diesem Wunsch. Professor Bühner hat bei dem Angeklagten keine Bewußtlosigkeit und Geistesgeisteskrankheit festgestellt. Kürten ist aber Psychopath. Zwangsbehandlungen liegen bei ihm nicht vor. Es liegt psychiatrisch betrachtet bei den Taten keine geistige Verfassung vor, die den Schutz des § 51 rechtfertigen kann. Der Sadismus ist Kürten nicht angeboren, sondern von ihm erworben worden. Wenn Kürten in bestimmten Momenten seine Untaten abträgt, ist anzunehmen, daß seine Sinne wohl funktionierten. Nichts bei Kürten lasse den Schluss zu, daß die strafrechtliche Verantwortung gefehlt habe. Der Sachverständige betont zusammenfassend, daß trotz ein anerkennbares Moment für eine Unzurechnungsfähigkeit bei Kürten nicht gefunden worden sei. Er glaubt, daß die Überlegung in allen Fällen, vielleicht bis auf den Fall Klein, vorhanden gewesen sei und daß Kürten bei seinen Handlungen genügend klare Erwägung zur Errei-

hung seines Zweckes hatte. Auch glaubt er, daß die reichsgerichtliche Auffassung bezüglich der Überlegung auch in diesem Falle Anwendung finden müsse.

Der Angeklagte folgt den klaren Darstellungen der Sachverständigen mit größter Aufmerksamkeit und ist mehr der Sachverständigen zu dem Schluss kommt, daß Kürten voll verantwortlich ist und seine Taten planmäßig vorbereitet und durchgeführt hat, um so aufgeregt wird er. Er sitzt mit hochrotem Kopfe da und versucht jedes Wort der Diskussion aufzufangen.

Der Strafantrag des Staatsanwalts.

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen Kürten neunmal die Todesstrafe. Im Fall Schulte wegen Nordversuchs in Tateinheit mit versuchter Raub- und Bornahe unzüchtiger Handlungen eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Ferner im Fall Kühn, Meurer und Wanders wegen der Schwere der Verletzungen je 10 Jahre Zuchthaus. Ferner wegen Nordversuchs im Falle Goldhausen 10 Jahre Zuchthaus, im Falle Mantel 5 Jahre Zuchthaus, ebenso wegen Nordversuchs im Falle Kornblum. Die Gesamtzahl der Zuchthausjahre beziffert sich damit auf 60, sie müssen aber auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen auf das Höchstmaß von 15 Jahren Zuchthaus zusammengezogen werden. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Angeklagten lebenslanglich entzogen und die Stellung unter Polizeiaufsicht gefordert. Die zur Ausführung der Taten benutzten zwei Scheren, ein Hammer und eine Dolchspitze sollen eingezogen werden.

Das Urteil im Sander-Prozess.

Nach einer Verhandlungsdauer von sechs Wochen und einer vier Jahre andauernden Voruntersuchung ist der Prozess vor dem Frankfurter Großen Schöffengericht gegen die Kaufleute Viktor Sander und Karl Jost zu Ende gegangen. Das Gericht verurteilte Sander wegen Betrugs und Untreue zu einem Jahr Gefängnis und 500 M. Geldstrafe. Der Angeklagte Jost wurde freigesprochen. Die Firma des Angeklagten Jost, die Montania Mannheim, hatte in Frankfurt ein Alleenlager gekauft und mit dem Verkauf den Angeklagten Sander beauftragt. Da das Geschäft von vornherein als recht unsicher bezüglich des zu erzielenden Nutzens angesehen wurde, geschah der Verkauf im Rahmen einer eigens für diesen Zweck gegründeten G. m. b. H. Diese G. m. b. H. nannte sich Montania Frankfurt. Der Angeklagte Sander hat es nun verstanden, Geschäftsleuten gegenüber den Anschein zu erwecken, als handele es sich bei dem Frankfurter Unternehmen um ein Werk, hinter dem die ganze Kapitalkraft der Montania Mannheim steht oder das womöglich mit dem Mannheimer Unternehmen identisch ist. Er schloß auf dieser Basis mit einem Schaffenburgert Sägewerk einen Vertrag ab, nach dem das Werk, das notleidend war, finanziell gestützt werden sollte. Nachdem die Holzvorräte des Sägewerks verkauft worden waren und Sander aus dem Gewinn recht erhebliche Beträge für sich selbst verwendet hatte, mußten die alten Besitzer erkennen, daß sie betrogen worden waren. Die Arbeiter und Angestellten kamen um ihren Lohn, die Sägemühle mußte geschlossen werden und endlich beging Sander mit Aktien, die er sich von den früheren Besitzern noch hatte ausstellen lassen, Betrügereien gegenüber kleineren Geschäftsleuten, meist Holzhändlern. — Dagegen konnte in der Verhandlung nicht nachgewiesen werden, daß der Angeklagte Jost von den Machenschaften Sanders gewußt hat, daß er wesentlich Täuschungshandlungen begangen oder Sander Beihilfe geleistet hat. Vielmehr ist er mindestens in einem Fall, bei den Verkäufen der Schaffenburgert Holzvorräte, selbst von Sander betrogen worden.

Der Mord an einem Polizeidiener.

Das Schwurgericht Koblenz verurteilte den 23-jährigen Landwirtssohn Alfred Müller aus Hiesheim wegen Mordes zum Tode. Müller hatte am 31. Januar d. J. den 68 Jahre alten Polizeidiener Gravius in der Nähe von

Grumbach (Glan) erschossen, da dieser angeblich dem Müller die Beirat mit einem reichen Mädchen vereiteln wollte. Die mitangeklagten Eltern Müllers wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte außer gegen Müller auch gegen die Mutter die Todesstrafe beantragt, gegen den Vater Freisprechung.

Der Mädchenmord von Ortenberg.

Das oberhessische Schwurgericht Gießen verurteilte den 21 Jahre alten Landwirt Wilhelm Leht aus Altenstadt wegen Mordes an dem 19 Jahre alten Dienstmädchen Martha Poppel aus Ober-Seemen zum Tode. Leht hatte das Mädchen, das von ihm in Hoffnung war, am 4. Januar, abends, bei Ortenberg in die hochgehende Räder gestochen, um es auf diese Weise los zu werden. Das Mädchen war dabei in den Fluten umgekommen.

Fo. Wiesbadener Schöffengericht. Als Kassierer eines Bauergewerkschaftsbundes hatte ein Maurer vereinnahmte Gelder in Höhe von 340 M. unterschlagen und erhielt vom Schöffengericht eine Gefängnisstrafe von einem Monat. — Bei der Korb in Kiedrich kam es in vorgerückter Stunde, als ein Polizeibeamter Feierabend bot, zum Kerwefach. Der Binsler Emil R. aus Kiedrich, den die ganze Sache nichts anging, mischte sich ein und wurde gegen Beamte tödlich wegen Widerstands, Bedrohung und Beleidigung bedacht. Ihn das Schöffengericht mit einem Monat Gefängnis. — 14 Tage Gefängnis erhielt ein hiesiger Metzgergeselle, welcher gelegentlich einer Menschenanammlung am hiesigen Hauptbahnhof am Neujahrstage die Menge ausgewieselt und einen Beamten der Bahnpolizei vor die Brust gestochen hatte.

Fo. Wegen Beleidigung des Wohlfahrtsamtes bestraft. Bereits die Höchstgrenze der Unterstufungsätze erhielt vom hiesigen Wohlfahrtsamte eine hiesige Witwe ausbezahlt. Das genügte ihr aber nicht. Sie schrieb einen geharnischten Brief an den Vorsitzenden mit der Beleidigung, das Wohlfahrtsamt und dessen Vorsitzender hätten das anlässlich der Rheinland-Befreiung für Mütter und Kinder der Stadt Wiesbaden von der Preussischen Regierung zugesagte Geld in unerlaubter Weise verausgabt. Die Geldspende sei zu einem Festessen und zur Anschaffung seidener Wäsche verwandt worden, während die Mütter nichts davon bekommen hätten. Wegen Beleidigung aus § 186 St. G. B. verurteilte das Wiesbadener Schöffengericht nach eingehender Beweisnahme, welche u. a. ergab, daß die Spende bestimmungsgemäß verwendet wurde und der Angeklagten ein Anteil mit ihrem Kinde garnicht zustand, da die Spende für Säuglinge bestimmt war, und das „Kind“ der Frau heute 24 Jahre alt ist, die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat mit Strafausschub.

* Wegen vorsätzlicher Brandstiftung ins Zuchthaus. Vor dem oberhessischen Schwurgericht in Gießen hatte sich der Landwirt Heinrich Gläntzer II. aus Schwarz (Kreis Alsfeld) wegen vorsätzlicher Brandstiftung in seinem Hause zu verantworten. Der Mann hatte sein Mobiliar erst kurz zuvor mit der den wirklichen Wert erheblich übersteigenden Summe von 15 000 M. versichert. Das Gericht erachtete den Mann für schuldig und verurteilte ihn zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus.

* Begnadigungsgesuch für Lehner eingereicht. Der Verteidiger des zum Tode verurteilten Mörders Lehner hat beim bayerischen Justizministerium in München ein Gnadengesuch für Lehner eingereicht.

Wetterbericht.



Das europäische Tiefdruckgebiet wandert langsam nach Osten hin ab. An seiner Rückseite bleibt im Gebiet nördlicher Winde das Wetter vorerst noch kalt, aber nur zu geringem und meist lokalem Niederschlag geneigt. Anbald der Druckfall über Nordeuropa deutet auf die Entwicklung neuer Tiefdruckstörungen im Nordseegebiet. Dadurch wird allmählich mehr westliche Luftzufuhr bedingt, womit dann allmählich wärmeres, wenn auch zunächst noch unbeständiges Wetter einleben dürfte.

Witterungsaussichten bis Donnerstagabend: Wechselnd bewölkt, nur noch geringe Niederschläge, weiterhin kühl.

Wasserstand des Rheins

am 22. April 1931.

Biedrich:	pegel	2,27 m	gegen	2,32 m	gestern
Mainz:	"	1,55	"	1,60	"
Caub:	"	2,33	"	2,35	"
Cöln:	"	3,12	"	3,18	"

Die heutige Ausgabe umfaßt 16 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“ sowie „Mit-Rassau“ Nr. 8.

Dienstag, 22. April 1931. Druck und Verlag des „Wiesbadener Tagblattes“ in Wiesbaden.

Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe

Sämtliche Waren in bekannt erstklassiger Qualität wie Bänder, Spitzen, Blumen, Schals, Cachenez, Taschentücher, Kragen u. Garnituren, Westen usw. sind bis zu **50%** im Preise ermäßigt

L. Wolf, vormals D. Stein, Webergasse 3

Jeder muß es wissen!

Bei

Gruhl

gibt es:

1 Stück Ia

Garantiert unverfälschte
reine, neutrale

Kernseite

(200 Gramm)

10 für 10

Vom Guten das Beste

10 Rollen
Krepp-Klosettpapier **84**

Billige Bürstenguelle und Scheuertuch-Centrale

Kirchgasse 11 M. O. Gruhl Ruf 2700
Lieferung frei Haus.

Schutzfarben

gegen Rost und chem. Einwirkungen.
Spezialfabrikation

Siderosthen-Lubrose-Farben, DRP.
Siderosthen-Lubrose-Farben, Sonder-Aufarbeitung
Serpinol-Lacke und Lackfarben (streichfertig)
Zellulose-Spritzfarben der F199

Akt.-Ges. Johannes Jeserich, Charlottenburg.

General-Vertrieb

für Hessen-Nassau, Hessen u. bayr. Pfalz

P. Ludwig Porzelt

Frankfurt a. M. 15, Carolus 41781, Friesstraße 9.

Start jodhaltige Butter

aus der aldbg. Reformarisch, heilfam bei Aderver-
stärkung und Schilddrüsenanschwellung.

Unsere preisgekrönte Markenbutter
aus Küstenmilch enthält 1% Jod. Beste aldbg. Landw.-
Kammer 3-mal wöchentlich als solche aus Binnen-
landmilch. Versand in Radon-Kolli 6 od. 9 Pfund
(Wandpackung) à 1.45 RM. Porto.

Burhaver Molkerei-Ges., Norseebad Burhave (Oldbg.)

Radio!

Kpt. Anlag. v. 100.4 an
la Fabrikate, wie:
AEG
Blaupunkt
Huth
Lumophon
Mende
Nora
Seibt
Siemens
Telefunken
u. v. a.

Leffler

Rheinstraße 77.
-Ratenzahlung-

Sie werden in wenigen
Tagen F 242

Nichttrauer

wenn aus gesundheitl. od.
finanz. Gründen erforder-
lich. Prospekt kostenfrei
Dr. Czapka u. Co.
Berlin-Steglitz 1071.

Feld- und Forstschutz.

Auf die in Nr. 16 der „Städtischen Nachrichten“ vom 22. April 1931 veröffentlichte Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 27. Febr. 1931 wird besonders hingewiesen.
Wiesbaden, den 20. April 1931.
Städtisches Feldpolizeiamt.

Jagdverpachtung.

Die öffentliche Verpachtung der Gemeindefang Schönborn für den Zeitraum vom 10. September 1931 bis 10. September 1940 findet am Samstag, den 23. Mai 1931, nachmittags 2 Uhr in dem Saale der 1. Schule zu Schönborn statt.
Der Jagdbezirk, der einen guten Wildbestand aufweist und etwa 2300 Morgen groß ist, ist mit der Postautolinie Kassel-Hannover-Dies zu erreichen.
Die Pachtbedingungen liegen in Form des Vertragsentwurfs vom 25. April 1931 ab 14 Tage zur Einsicht in der Wohnung des Jagdvorstehers offen.
Schönborn, den 20. April 1931. F 488

Der Jagdvorsteher: Kaiser.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 21. April 1931, vorm. 10 Uhr versteigere ich in Wiesbaden
Nettelbeckstraße 24
1. 1 Zweifelszimmer, 4 Schreibtische, 2 Kleiderschränke, 1 Chaiselongue, 1 Kofferraum, 1 Schreibmaschine (Adler), 16 Selbstbinder, 1 Hausbadofen, 1 Kaminmantel, 1 Räderherd, 1 Kachelofen, 1 Badewanne, 1 Nienumbau, 2 Damenfahräder, 1 Grammophon, 1 Schreibmaschine (Wignen), 1 Bild, 1 Stuhl, ein Kronleuchter u. a. m.
2. am Orte der Pfandung der zu 1. bekanntgegeben wird: 1 Laden-Einrichtung, 1 Gasofen, 1 Schweißapparat, 1 Bohrmaschine, 1 Blechwalze, 10 Drehbänke, 1 Kesselherd, 1 Eisbrennvorwärmer, 1 Kraftwagen, 2 Anhänger u. 1 Schreibtisch m. Umbau
3. am 12. Uhr Dohheim: 1 Bohrmaschine, 1 Motor, 1 Grammophon, 1 Sofa, 2 Stühle, 1 Nähgarnitur, 1 Schreibtisch, 1 Brunnenbrunnen, 1 Klavier, 1 Schreibmaschine (Origa), 1 Kuh, 1 Kasse, anst. in der Viehtriebhandlung 2 Wagen
Öffentlich meißelnd gegen Barzahlung
Zu 3. Sammelkonto am Rathaus.
Beutel, Gerichtsvollzieher, Ballgarter Str. 10.

Mafulatur

zu haben im Taubl.-Verlag Schalterhalle rechts

Frisch von der See:

1282

Kabeljau **18**
ohne Kopf . Pfund

Kabeljau-
filet . . Pfund **38**

Seelachs **38**
la geräuchert Pfund

Harth

5% Rabatt

Harth **HH** hilft haushalten

Korbmöbel • Liegestühle • Gartenschirme bei Heerlein.

Bernsteinfußbodenlack

12 verschiedene Farbtöne, über Nacht trocknend, erstklassige Qualität. 1-kg-Dose Mk. 1.60

Drogerie Breher

Neugasse 14 Telephone 23394

Wanzen

und alles andere Ungeziefer beseitigt radikal nach dem neuesten Vergasungsverfahren

Kammerjäger Schmitt

Wiesbaden, Bleichstraße 31, Part.

In Nr. 16 der „Städtischen Nachrichten“ vom 22. April 1931 ist eine Ausschreibung betr. Lieferung von Radwaren für das dem Stadt. Radsportamt unterstellte Altersheim Haus Dietenmühle, veröffentlicht.

In Nr. 16 der „Städtischen Nachrichten“ vom 22. April 1931 ist die Vergabe der Aufstellung der Herde und Defen in den Neubauten Waldstraße-Süd veröffentlicht.



Gas- u. Kohlen

Herde

bedeutend ermäßigt.

Besichtigen Sie bitte mein Musterlager.

Frorath

Kirchgasse 24 Telephone 20241
Eisenwaren — Küchengeräte. 1247

Schuhmacherei A. Fröhlich

Heilmundstraße 40 — Eingang Laden.

Herren-Sohlen 3 Mt., Abfüße 1.20 Mt.

Damen-Sohlen 2 Mt., Abfüße 0.80 Mt.

la Kernleder, saubere Arbeit.

Alles für 10

Gebrauchen Sie stets KURZWAREN von Blumenthal

Nähgarn, 4fach, schwarz und weiß, 200m-Rolle **10**

Leinenzwirn schwarz und weiß, 4 Sterne **10**

Stopfgarn mit Seldenglanz, 5 Knäuel **10**

H'leinenband 4x2 Meter **10**

Bobbins-Band 5x3 Meter **10**

Nahtband 10 Meter **10**

Senkel 100 cm, 3 Paar **10**

Strumpfgummi Meter **10**

Gummilitze weiß, 3 Meter **10**

Armblätter Paar **10**

Gardinenband weiß, 2 Meter **10**

Gardinenkordel 7 Meter **10**

Stahlstecknadeln 50 Gramm **10**

Sicherheitsnadeln 3 Dutzend **10**

Hausfrauenbrief Näh-, Stopf- u. Durchziehnadeln **10**

Hosenknöpfe 5 Dutzend **10**

Stickscheren Stück **10**

Im Lichthof Vorführung des praktischen Maschinen-Stopfapparates

Blumenthal

Sport und Spiel.

Handball D. T.

Spiele Wiesbadener Mannschaften:

Eintracht Wiesbaden bewies im Treffen gegen den Bezirksmeister, Tu. Eddersheim, weiterhin leichte Formverbesserung, wenn dies auch noch nicht zahlenmäßig zum Ausdruck kam. Die Delfen unterlagen mit 2:5, Halbzeit 2:3. Diese Niederlage wäre jedoch nicht eingetreten, wenn nicht Engelhaupt im Wiesbadener Tor einen besonders schwachen Tag gehabt hätte und überdies der Wiesbadener Verteidigung verschiedentlich schwere Schnitzer unterlaufen wären, die sich in Treffern der Eddersheimer Turner auswirkten. Die Eintracht-Verteidigung begehrt vor allem den Fehler, zu weit aufzurücken, wodurch sie häufig überlaufen wird. Das Zuspiel der Delfen läuft immer noch zu wünschen übrig, so daß der an und für sich recht gute und durchschlagstfähige Angriff oft auf sich allein angewiesen ist. Es wäre zu wünschen, daß auch diese Fehler bald ausgeräumt werden. Sonst konnte man mit der Eintracht-Elf recht zufrieden sein.

In der ersten Viertelstunde war sie überraschenderweise vollständig überlegen. Man erinnerte sich unwillkürlich des Hürberger Spiels. Aber kaum hatten die Gegner ihre ersten Besuche dem Wiesbadener Tor abgestattet, da fielen auch schon durch schwere Schnitzer der Hintermannschaft einschließlich Torwart die Tore. Zunächst drei. Dann holten die sich energisch durchsetzenden Kleinert und Geipel bis zur Pause zwei Treffer auf. Später kam der Tu. Eddersheim noch mehr auf. Bei einem aufmerksameren und stabileren Schußspiel wäre er jedoch kaum noch zu Erfolgen gekommen. Der Sieg ist verdient, aber entschieden zu hoch ausgefallen.

Eintracht 2. Mannschaft hatte gegen die 1. Elf des SV. 1908 Schierstein mit 1:6 das Nachsehen. Halbzeit 1:4. Eintracht Jugend spielte gegen SK. Siegfrieds Jugend 5:5.

Turnerbund konnte gegen den Tu. 1846 Biebrich einen sicheren 4:1 (2:1) Sieg herausziehen. Man muß schon sagen, daß man sich von der Biebricher Elf, die im Endkampf um die Bezirksmeisterschaft eine große Rolle gespielt hat, eigentlich etwas mehr vorstellte. Vor allem enttäuschte der Angriff, der vor dem Tor des Td. die sichersten Sachen versagte. Allerdings bildete andererseits die Wiesbadener Abwehr ein kaum zu nehmendes Hindernis. Der Turnerbund führte bereits bei der Pause mit knappem Vorsprung. Später erhöhte er auf fast selbstverständliche Manier auf 4:1. In den Torerfolgen der Einzelkämpfer waren in der Hauptsache Mühsal und Fädel beifällig.

Die Geisenheimer Tisch, die in den Punkteampfen nur anfangs zur Geltung gelangte, meldete einen bemerkenswerten 7:6 Sieg über den recht stark aufgestellten erschienenen Polizei-SB. Wiesbaden.

Deutsches Turnen.

Am Sonntagvormittag 4 Uhr fand in der Turnhalle, Schwalbacher Straße 8, ein Kinderturnturnen des Turnerbundes statt. Wie nicht anders zu erwarten, konnte die geräumige Halle die interessierten Zuschauer kaum fassen. Mehr als 250 Kinder von 14 Jahren bis herunter zu den Kleinsten, die zwar noch nicht schulpflichtig, aber schon Turner sind, marschierten auf. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Jacob Kikel, begrüßte die Anwesenden, sprach von den Zielen und Aufgaben der Deutschen Turnerschaft, von dem Idealismus, den man in seinen Kreisen findet, und der Liebe zur heranwachsenden Jugend und der Hoffnung, daß diese durch den Verein erfüllt wird. Die zur Schulentlassung in diesem Jahre Kommenden forderte der Vorsitzende auf, dem Verein und der DT. die Treue zu halten und weiterhin tätig zu bleiben, damit sie die wertvolle Unterstützung nicht nur für ihre Gesundheit, sondern auch für ihr geistiges Fortkommen durch den Verein nicht verlieren. Die bereiten Ausführungen des Vorsitzenden wurden bestätigt durch die nunmehr geleisteten Leistungen, die unter Leitung des Turnlehrers, Herrn Peter Schmid,

standen. Was hier vorgeführt wurde, waren nicht mechanische Übungen, die eingebrüllt waren, es war das in freierwilliger Disziplin von den Kindern Erlernte, das ohne besondere Mühe von diesen freudig vorgeführt wurde. Singspiele und Reigen, Volkstänze und Ballübungen, gymnastische Sprünge und Tänze wechselten mit Freibungen und Turnen an leichten Geräten. Es wäre zu viel, die 20 Nummern des Programms im einzelnen zu besprechen. Es sei nur das Urteil zahlreicher Eltern wiedergegeben, die sich begeistert dahin äußerten, daß sie froh seien, einmal gesehen zu haben, wie die Kinder lernten, freiwillig, ohne Zwang, sich unterzuordnen und spielend selbst schwierigeren Übungen zu bewältigen.

Radsport.

Gauwanderfahrt und Kontrollfahrt des Gauess Mittelhessen im SDR.

Die Gauwanderfahrt nach Oppenheim nahm einen über alles Erwarten guten Verlauf und eine große Teilnehmerzahl konnte sich einzeichnen. Sogar aus dem weiten Diez und Oberstein-Idar waren die SDR-Radler herbeigezogen. Die Beteiligung an der Kontrollfahrt war ebenso gut und hatte folgende Ergebnisse:

1. Kumpf, Bk. Wiesbaden	35	Set.
2. Kahler, Bk. Wiesbaden	42	"
3. Scholl, Bk. Wiesbaden	1 Min. 16	"
4. Zimmermann, Bk. Wiesbaden	1	27
5. Werner, Bk. Wiesbaden	1	50
6. Schmidt, Bierstadt 1900	2	"
7. Paulus, Bierstadt 1923	2	40
8. Weil, Einselefahrer	2	57
9. Spar, Schwalbe Mainz	3	40
10. Silz, Schwalbe Mainz	3	42
11. Rag, Schwalbe Mainz	4	01
12. Fischer, Biebrich 1923	5	02

Fechten.

Am Sonntag, 19. April, fand in Frankfurt a. M. bei starker Beteiligung das alljährliche Seniorenflorettfechten für Herren statt. Es trafen sich die Klubs der Gruppe 3 des Deutschen Fechterbundes: Fechtclub Germania Frankfurt, Fechtclub Offenbach, Mainz, Darmstadt, Ridesheim, Bensheim und Wiesbaden. Letzterer war vertreten durch die Herren Klöckner, Adam, Cron. Die Anzahl der Fechter machte drei Vor- und zwei Zwischenrunden notwendig. Erst nach hartem Ringen, da die Fechter mit einigen Ausnahmen gleichstark waren, konnten die Teilnehmer der Schlussrunde ermittelt werden. Dies waren die bekannten Frankfurter Turnerfechter Beder, Rosenbauer, Effeneder, Zawarowski und Start-Offenbach. Von den Wiesbadenern konnte sich nur Klöckner durch seine guten Leistungen durchsetzen. Die Fechter platzierten sich wie folgt:

1. Beder, Frankfurt	4	Siege 16	erh. Treffer
2. Start, Offenbach	3	" 18	"
3. Rosenbauer, Frankfurt	3	" 19	"
4. Effeneder, Frankfurt	3	" 20	"
5. Klöckner, Wiesbaden	2	" 20	"
6. Zawarowski, Frankfurt	0	" 25	"

An der Siegeszahl der einzelnen Fechter sieht man, wie hart die Kämpfe waren. Die Platzierung ergibt sich jeweils aus den erhaltenen Treffern.

Das Turnier bewies wieder einmal, daß es, wenn es auch Adam und Cron nicht gelang, in das Finale zu kommen, den Wiesbadener Herren gelungen ist, sich der Spitzengruppe im Deutschen Fechtport anzuschließen, unter dem eifrigen Training von Herrn Dipl.-Fechtmeister J. Sowausch. — Am kommenden Sonntag, 26. April, hat die 1. Mannschaft des Wiesbadener Fechtclubs gegen eine starke Nürnberger Vertretung, „Fechterring Nürnberg“, anzutreten und kann bei

dieser Gelegenheit einen Beweis ihres Könnens erbringen. Die Kämpfe werden nachmittags 4 Uhr auf dem Fechtboden des Wiesbadener Fechtclubs im Gymn. I, Schloßplatz (Turnhalle), ausgetragen.

Schach.

Jetzt, da ein interessanter Dreikampf zwischen Dr. Aliechin, Flohr und Stoltz in Riga ausgetragen werden soll, wird es nicht unerwünscht sein, einiges über den Werdegang des jungen schwedischen Meisters zu erfahren. Bekannt wurde der Name Stoltz in Deutschland erst im Jahre 1928, als er am internationalen Turnier der Berliner Schachgesellschaft teilnahm. Hier zeigte Stoltz viel Initiative, so daß er gegen verschiedene Gegner, z. B. auch gegen den damaligen Sieger Nimzowitsch, eine glatte Gewinnstellung erlangte. Bei der ihm fehlenden Erfahrung ermüdete er jedoch zu schnell. Diesem Mangel abzuhelfen landete ihn der Vorsitzende des schwedischen Schachbundes auf drei Monate zu dem Großmeister Bogoljubow nach Tribuna, um dort in aller Ruhe zu trainieren. Nach seiner Heimkehr zurückgekehrt, ist es ihm zwar bis jetzt noch nicht gelang, gleich Vorkämpfer von Schweden zu werden, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Stoltz dem jetzigen Champion Stahlberg überlegen ist. Bald darauf spielte Stoltz in Swinemünde und im letzten Länderwettkampfturnier zu Hamburg, beide Male ohne nennenswerten Erfolg. Erst Ende September 1930 begann nach dem kleinen Turnier in Stockholm sein Aufstieg; hier spielte er mit auffallender Leichtigkeit, so daß er mit Bogoljubow den 2. und 3. Preis teilen konnte. Erster wurde damals Kaschdan mit einem halben Punkt Vorsprung. Die Stockholmer Schachvereinsung benutzte die Anwesenheit von Kaschdan und Spielmann, um zwei kleine Wettkämpfe dieser Meister gegen Stoltz in die Wege zu leiten. Gegen alles Erwarten besiegte Stoltz nicht nur den jugendlichen Kaschdan, der ebenfalls in letzter Zeit eine schnelle Schachkarriere machte, sondern auch den sehr erfahrenen Großmeister Spielmann. In einem folgenden Meisterturnier, welches im Januar d. J. in Göteborg stattfand, und woran auch Flohr und Sämisch teilnahmen, teilte er mit Flohr den 1. und 2. Preis. Der Erfolg über Flohr ist um so bemerkenswerter, als dieser zu den talentvollsten jungen Meistern gehört, die die Schachwelt besitzt. — Auf seiner Durchreise nach dem Süden hat die Berliner Schachgesellschaft die Gelegenheit wahrgenommen, Stoltz zu sechs Partien gegen junge Berliner Meister zu verpflichten. Als erster Gegner stellte sich dem schwedischen Meister der Berliner Meister Richter, der die erste Partie verlor und die zweite remis machte. Das gleiche Ergebnis hatten die beiden Spiele gegen Helling. Auch die Partien gegen Reilstab und Sämisch konnte Stoltz für sich buchen. Er hat alle diese Partien sehr zielbewußt gespielt. Seine Wettkampfsiege gegen Reilstab, Kaschdan, Spielmann, Flohr, Sämisch, Helling, Andersen und Richter erinnern an die glänzenden Leistungen Dr. Laskers, der, ehe er Weltmeister wurde, sämtliche englische und amerikanische Meister besiegte.

Flugsport.

Der Mittelrheinische Verein für Luftfahrt (E. V.), der hauptsächlich die Städte Mainz und Wiesbaden umfaßt, wird am 17. Mai, nachmittags, in Anwesenheit des Vorsitzenden des Deutschen Luftfahrt-Verbandes, Staatsminister Dominicus, auf dem Gelände nördlich der Platte eine neuerbaute Segelflughalle einweihen. Von den 350 Mitgliedern des Vereins betreiben heute schon über 100 aktiv den Segelflugsport in den vier Segelflugsportgruppen Mainz, Wiesbaden und Limburg, sowie in der Damen-Segelflugsportgruppe Mainz-Wiesbaden. Für die Tombola, die anlässlich der Einweihung stattfindet, wurden von den Luftverkehrsgesellschaften Freiflüge gestiftet, so u. a. nach Berlin, Hannover, München, Baden-Baden, Köln und zurück zum hiesigen Heimathafen.

Sport-Rundschau.

Am Donnerstag, 23. d. M., findet auf dem Reichsbahnplatz ein Freundschaftsspiel zwischen der 1. Mannschaft des Reichsbahn-ESV und der 1. Mannschaft der SV a. A. Ridders Wiesbaden statt. Anstoß 18 Uhr.



Durch Sparen gewinnen!
Jetzt schweres Beginnen!
Jedoch wird es leicht
Auch heut' noch erreicht,
Hat man erst heraus
Das Rechte für's Haus!

Hat man „Sanella“, die gehaltreiche und sparsame Margarine, im Hause, dann kann man jederzeit billige, nahrhafte Speisen bereiten, die ganz vorzüglich schmecken.

Sanella

MARGARINE

DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

35⁸
das ½ Pfund

Neues aus aller Welt.

Zwei Todesfälle bei einem Gerüststurz. Beim Abtragen des 44 Meter hohen Kamins am ehemaligen Straßenbahndepot an der Ede Katharinen- und Georgenstraße in Bamberg sind infolge Einsturzes des Gerüsts zwei Arbeiter abgestürzt. Beide waren auf der Stelle tot.

Familientragödie. Oberleutnant a. D. Behrens erschoss in seiner Wohnung in Friedrichstraße seine seit langem nervenranke Ehefrau und tötete sich dann selbst durch einen Schuss in die Schläfe. Man nimmt an, daß Behrens aus Verzweiflung über die Krankheit seiner Frau die Tat begangen hat. Er selbst war während des Krieges verschüttet worden und hatte ein Bein verloren.

Unfallsfall bei Sprengübungen eines Reichswehrregiments. In Osterode (Spreußen) ereignete sich auf dem Exerzierplatz bei Sprengübungen des Reiterregiments, und zwar beim Abschuss einer Druckmine, eine Explosion. Hierbei ist der Oberreiter Windt von der 3. Eskadron tödlich verunglückt. Verletzt wurden der Obergefreite Ulrich von der 2. Eskadron und Oberreiter Zimmermann von der 3. Eskadron. Beide haben Verletzungen an Hals und Kopf erlitten. Die Untersuchung ist im Gange.

Ein Dorfbrand nach neun Jahren aufgeklärt. Am zweiten Pfingstfeiertag 1922 brach auf dem Grundstück des Mühlenbesizers Rohde in Stresow (Altmark) ein Feuer aus, das in kurzer Zeit sieben Bauerngehöfte und mehrere Scheunen in Asche legte, und bei dem ein Gastwirt, der sein Vieh retten wollte, in den Flammen umkam. Alle Ermittlungen verliefen damals ergebnislos. Jetzt, nach 9 Jahren, wurde als Brandstifterin die damals 12jährige Tochter des Mühlenbesizers Rohde ermittelt, die sich zurzeit in Hamburg in Stellung befindet. Sie hat gestanden, den Brand aus Rache gegen ihre Stiefmutter angelegt zu haben.

Von Einbrechern erschossen. Einbrecher drangen in der Nacht in das an der Chaussee Danneberg-Alten gelegene Wohnhaus des 57 Jahre alten Arbeiters Friedrich Lüders, dessen Haus in der Nähe der Molkerei liegt. Als sie damit beschäftigt waren, Wurst und andere Lebensmittel einzupacken, wurden sie von Lüders überrascht. Die Einbrecher gaben mehrere Schüsse ab und Lüders wurde von

einer Kugel getötet. In dem Verdacht, an dieser Bluttat beteiligt gewesen zu sein, steht der als Ein- und Ausbrecher bekannte Sträfling Walter Krüger, der erst kürzlich aus dem Gefängnis Harburg-Wilhelmsburg entwichen ist.

Versicherungsbetrug mit einer abgefahrenen Hand. Der Handelsvertreter Baecheler aus Paris fiel vor einiger Zeit aus einem Pariser Horritzzug heraus, seine Hand kam unter die Räder des dahinjahrenden Zuges und wurde ihm glatt abgefahren. Nachdem Baecheler sich von dem ersten Schrecken erholt und notdürftig verbunden hatte, las er die abgekehrte Hand auf, tat sie in seinen Hut und brachte sie zwei Versicherungsgesellschaften und der Eisenbahngesellschaft. Die erste Versicherungsgesellschaft zahlte ihm 180 000 Franken aus, von der zweiten verlangte er 120 000 Franken — ein kluger Mann läßt sich mehrmals versichern — und von der Eisenbahngesellschaft forderte er sogar 300 000 Franken, Summen, welche die beiden letzten Gesellschaften für eine Hand etwas reichlich hoch fanden. Sie gingen der Sache nach und glaubten, hinreichende Beweise in Händen zu haben, daß Baecheler sich freiwillig überfahren ließ, um die Versicherungssumme einzuscheiden. Die Untersuchung muß ergeben, ob die schweren Anklagen berechtigt sind.

Jad Diamond verhaftet. Aus New York wird gemeldet: Der berühmte Bandit Jad Diamond wurde in seiner befestigten Villa bei Acta in den Catskillbergen verhaftet. Die Behörden hatten zu diesem Zweck eine ganze Abteilung schwer bewaffneter Polizisten aufgebieten. Diamond, der von einer ebenfalls gut bewaffneten Leibwache umgeben war, ließ sich ohne Widerstand festnehmen. Die Verhaftung erfolgte auf die Anzeige eines Kraftwagenführers hin, der behauptet, Mitglieder der Bande Jad Diamonds hätten ihn gemartert, indem sie ihn an einen Baum banden und Feuer unter seinen Füßen anzündeten.

Eine 103jährige während vier Tagen Scheintote! Amerikanische Zeitungen bringen folgende Auferstehungsgeschichte: In Lima im Staate Ohio in den Vereinigten Staaten erlitt die 103jährige Lorena Wolfe einen Schlaganfall. Man glaubte sie tot. Ihr Arzt hatte Zweifel und verweigerte das Begräbnis. Vier Tage lang hatte er sie in Beobachtung. Am vierten Tage wusch man sie und legte sie in den Sarg. Ihre Tochter stand dabei und weinte, da öffnete die Scheintote die Augen, richtete sich im Sarge auf und fragte er-

staunt: „Warum weinst du, ich fühle mich sehr wohl!“, stand auf und ihr Arzt erklärte ihr, sie könne noch einige Jahre leben.

Selbstmord des früheren deutschen U-Bootsführers Boldt. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro, die dem „Lokalanzeiger“ über London zugegangen sind, hat der frühere deutsche U-Boots-Kommandant Oberleutnant zur See a. D. Boldt in Cali (Columbien) Selbstmord begangen. Boldt, der 1928 nach Columbien gekommen und während des Krieges Kommandant von „U 69“ war, war seinerzeit mit seinem Kameraden Diemer vom Reichsgericht zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil beide als Offiziere auf einem U-Boot die Torpedierung eines angeblichen Passatierschiffes nicht verhindert hätten. Im November 1921 entwich Boldt aus dem Gefängnis und entkam ins Ausland.

Gerichtssaal.

Brillanten im Mülleimer. Im Herbst des vergangenen Jahres wurden in einem Zumeilerladen im Steinweg in Frankfurt a. M. Brillanten im Wert von über 6000 Mark gestohlen. Als des Diebstahls verdächtig kam eine alte Putzfrau in Frage, die im Mülleimer eine Mappe gefunden hatte, in der die Steine aufbewahrt gewesen waren. Tatsächlich fand sich auch der größte Teil der Brillanten in der Mappe wieder. Über den Rest vermochte die Finderin keinen Aufschluss zu geben. Sie wurde entlassen. Nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß der Dieb ein älterer Geschäftsmann gewesen war, der in dem Laden telefoniert und bei der Gelegenheit die Mappe eingesteckt hatte. In einem angrenzenden Hausflur hatte er dann die Tasche flüchtig durchsucht und im Hinterhof in den Mülleimer geworfen. Die Gerichtsverhandlung ergab ein überaus tragisches Bild über die Hintergründe des Diebstahls. Der Angeklagte war morphiumsuchtig und hatte Unterschlagungen bei seiner Firma begangen. Er hat sich auch demnächst wegen umfangreicher Rezeptfälschungen zu verantworten. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis, wobei es die ganze Persönlichkeit des Angeklagten strafmildernd berücksichtigte.

Alles lobt

die gute und preiswerte Arbeit

Preise 20% ermäßigt.

Färberei Döring

Chem. Reinigung
Brudenstr. 5 Tel. 26149 Oranienstr. 15

Honig

Garantiert reinen
Bienen-Blüten-
Schleuder-Honig
Ein hervorragendes
Gesundheitsmittel
durch seinen Gehalt
an Vitaminen und
Nährsalzen.

Feinste aromatische
Qualitäten in
Wiesenblüten- und
Lindenblüten-Honig
1-Pfd.-Glas 1.20 Mk.
bei 5 Pfund 5.10 Mk.
ohne Glas.

Drogerie Tauber

Ecke Moritz- und
Adelheidstraße 34
5% Rabatt!

Starke bewurzelte.

Weinreben

Au verkaufen. Scheben.
Frankfurter Str. 83a.



Pianos

Kirchgasse
33
Franz Schellenberg

Makulatur

haben im Tagbl.-Berl.
Schalterhalle rechts

Schreibmaschinen

fabrikneu, 1. Marke,
nur noch 15 Mk. An-
zahl u. gleiche Mon-
raten. Lieferung sof-
ort! Haus. Gef. Anz.
unter C. 292 an den
Tagbl.-Verlag.

Althee-Abgüsse

erniedelt, vollwert. Ersatz f. Calomel
F. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt

Thalia

Nur noch einige Tage!

Henny Porten

in der köstlichen
Doppelrolle als
Gretel u. Liesel in

Kohlhiesels
Töchter

Wochent. 4, 6, 15 8.30
Sonntags 3, 5, 7 9 Uhr.

FILM-PALAST

Schwalbacher Straße 8

Wir starten zu neuem Siegeszug

die sensationelle Neuaufführung:

Das Gipfelwerk von 3 Jahrzehnten Welt-Filmschaffens

Panzerkreuzer
„Potemkin“

In
tönender
Fassung!

Regie: S. M. Eisenstein

Originalmusik: Edm. Meisel

Tonregie: J. A. Lippl

Deutsche Dialoge, Sprech- und Gesangs-Chöre
Die Massen, die „Potemkin“ als stummer Film
hingerissen hat, werden dieses wundervolle
Spitzenwerk auch hören wollen!

Im Beiprogramm der große
Sport- und Sensationsfilm

Rivalen im Weltrekord

Eier
abschlag!

Deutsche 1270
Frischeier 10 Stück 98 S
Frischeier „Harth“ 10 Stück 95 S
extraschwere
Speck, fetter ¼ Pfund 22 S
Dörrfleisch ¼ Pfund 28 S

Harth

5% Rabatt

Harth HH hilft haushalten

Nudeln!

Gemüse Pfd. 35
Griechnutti . . . Pfd. 44
Eierschnitt . . . Pfd. 54
Makkaroni
hartgr. - Bruch Pfd. 38
hartgr. Sta. Pfd. 48
Eierschnitt . . . Pfd. 56

Dörrobst

letzte Ernte.

Pflaumen

St. Clara Pfd. 30
60, 53, 45, 40
Mischobst . . . Pfd. 70
Kirschen . . . Pfd. 85
Nektaren . . . Pfd. 85

Schwanke

Rachfolger
Schwalbacher Str. 59,
Telephon 27414.

Besuchstatten in wenigen Stunden

F. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt



Gesund
und
frisch
Fisch

Korkstopfen

Franz Schlegel

Wiesbadener Str. 7. Tel. 2287

(Nr. 5)



Billige
Bar-
zahler-
woche

BECK
BARMHOFSTR. 48

MAINZ

Seien Sie so
klug, als Sie stolz
sind! Greifen
Sie zu! Das
kommt nicht
wieder.

NOCH 4 TAGE!

WALHALLA THEATER

Samstag, den 25. April, 11 Uhr abends:
Nacht-Vorstellung!

Einmaliges Gastspiel der Schauspieltruppe des Westens

§ 218 Cyankali

Ein Gegenwarts-Drama von Dr. Friedrich Wolf, Stuttgart.
Kartenvorverkauf täglich ab 11 Uhr vorm. an der Theaterkasse.
Da die Aufführung in allen Großstädten starkes Interesse vorfindet,
wird gebeten sich rechtzeitig mit Karten zu versehen.

Sie speisen

Mittag und Abend mit Dessert nach Wahl
für Mk. 1.—

Sie trinken

Baba-Bräu, ½ Ltr. 45 Pf. und offene natur-
reine Weine 27 und 36 Pf.

Sie zahlen

die denkbar niedrigsten Preise in der gut-
bürgerlichen Familiengaststätte

„Alter Friedrichshof“

Friedrichstraße 43

Inh. Carl Detzel.

Morgen Donnerstag früh
ab 8.30 Uhr

Reste zu Spottpreisen!

Kräftiges schles. Halbleinen
(meist in Längen für Betttücher pass.)
weiße und graue Handtücher
feine Hemdenpopeline (große Maße)
feine und feinste Bettdamaste
Prima Linons, 80, 130, 160 cm brt.

Beckhardt, Kaufmann & Co.

Ecke Kirchgasse und Friedrichstraße

1269

UFA-PALAST Wilhelmstraße

Unwiderruflich nur noch 2 Tage
(Mittwoch und Donnerstag)

CHARLIE CHAPLIN

in
**Lichter
der Großstadt**

Alle — Alle wollen „ihn“ sehen
den Freund des Volkes, —
den Liebling aller Völker der Erde —

**Jedermann soll „ihn“ wenig-
stens einmal gesehen haben, man könnte diesen
Film 10mal mit steigendem Vergnügen u. Genuß erleben!**

**Darum sind die beid. 2 Volkstage
letzten Tage als**

mit ermäßigten Preisen vorgesehen.

Heute und morgen zahlen
Erwachsene nur 75 S , 1.—, 1.50 u. 2.— M (Logen)
u. Jugendliche nur 40 S , 60 S , 80 S u. 1.— M (Logen)
Erwerbslose bis 6 Uhr nur 40 S

Besuch der Nachmittags-Vorstellungen um 4 u. 6.15 Uhr
empfiehlt sich von selbst.

Beginn der Abendvorstellung um 8.45 Uhr.

Schuh-Reparatur, Bleichstr. 33

Damen-Sohlen 2.10, Herren-Sohlen 3.00
Trotz billiger Preise Qualitätsarbeit und Kernleder

Kurhaus

Samstag, den 25. April 1931,
ab 20 Uhr im großen Saale:

Internationales Tanz-Turnier

Eintrittspreis: 6 Mark; Galerie: 3 Mark.
(Näheres durch Plakatanschlag.)

F592

Der berühmte Heilscher Medicato

ab Donnerstag, den 23. April
für kurze Zeit hier.

Medicato schildert in Trance wichtige kommende
Ereignisse, wirtschaftliche Voraussagen und
Beratungen in allen Angelegenheiten.

Martinstraße 15
Sprechstunden von 10—1 und 3—7 Uhr
oder unter vorheriger Anmeldung

WALHALLA THEATER

Raffinierte Spannung!

Harry Piel

in seinem Groß-Tonfilm:
Schatten der Unterwelt

Wundervolle Aufnahmen von dem inter-
nationalen Wintersportplatz St. Moritz

Auf der Bühne: Fred Jans
einer der besten deutschen Komiker.

Fox tönende Wochenschau.
4, 6.15, 8.30 Uhr.

Farben, Lacke, Pinsel Haushalt- und Maler-Leitern Fensterleder, Bohnerwachs

und alle Reinigungsmittel kauft man gut
übrigen

Farben-Spezialgeschäft A. Stritter
(Inh. Leo Fischer) Walramstraße 18

Telephon 22429.

Staatstheater Wiesbaden.

Großes Haus.
Donnerstag, den 23. April 1931.
27. Vorstellung

Margarete.
Oper in 5 Akten (8 Bildern) von Ch. Gounod.
Musikal. Leit.: R. Tanner. — Spielleit.: E. Neubus.

Frau Margarete, ein Bürgermädchen
Valentin, ihr Bruder, Soldat
Marie, Schwesterlein, ihre Nachbarin
Sibyl, ihre Dienerin
Friedrich, ihr Liebhaber
Vorhergehende Tänze: 2. Akt: Walzer: Ausgeführt
von der Tanzgruppe. — 5. Akt: Großes Bacchanale:
Ausgeführt von Claire Jourdan, Elise Mondorf,
Dedi Dähler, Elisabeth Schanz u. samtl. Tänzerinnen.
Nach dem 3. Akt 15 Minuten Pause.

Anfang 19½ Uhr — Freie D — Ende gegen 23 Uhr

Freitag, 24. April 1931: „Carnegie“ 26. Vor-
stellung. Stammreihe E. Anfang 19½ Uhr. Ende
nach 22¼ Uhr. Freie D.

Kleines Haus.

Donnerstag, den 23. April 1931.
28. Vorstellung

Flachsmann als Erzieher.
Komödie in drei Akten von Otto Ernst.
Spielleitung: Kurt Sellnid.

Jürgen Hinrich Flachsmann, Oberlehrer
einer Knaben-Volkschule

Robert Kleinert
Kurt Sellnid
Gustav Schwab
Guido Lehmann
Frank Falkner
Gustav Albert
Peter Brand
Marga Rubin
Otto Heidenreich
Hans Bernhöft

Kluth, Schuldiener der benachbarten
Mädchenschule

Edmund Kollig
Paul Gerhards
Paul Wiegner
Doris Vos
B. von Heyden
Otilie Gerhäuser
Hort Meyer
Kurt Freiberger
Willi Kibel

Ort der Handlung: Eine kleinere Provinzstadt.
Zeit: Ende des vorigen Jahrhunderts.

Nach dem 2. Akt 10 Minuten Pause.

Anfang 20 Uhr — Freie 4 — Ende etwa 22¼ Uhr

Freitag, 24. April 1931: „Beynina“ 27. Vorstellung.
Stammreihe 6. Anfang 20 Uhr. Ende nach 22¼ Uhr
Freie 5.

Rochbrunnen-Konzerte.

Donnerstag, den 23. April 1931.
11 Uhr:

Früh-Konzert
am Rochbrunnen. Ausgeführt von dem städtischen
Korordleiter. Leitung Kammermusiker Adam Dahn.

1. Ouvertüre zur Oper „Das Glöckchen des Eremiten“
von Kallert.

2. Leuchtfeuer des Städtischen Intermezzo v. Siebe.

3. Der Frühling im Wienerwald. Walzerlied v. Fischer.

4. Fantasia aus der Oper „Der Barbier von Sevilla“
von Rossini.

5. Walzer aus der Operette „Der Obersteiger“ v. Zeller.

6. Zum Rendez-vous. March von Blon.

Kurhaus-Konzerte.

Donnerstag, den 23. April 1931.
16.30 bis 18.30 Uhr: Tanz-See.

Abonnements-Konzerte.
Leitung: Kapellmstr. Herbert Albert, Kellerslautern.

16 Uhr:

1. Akademische Fest-Ouvertüre von Joh. Brahms.

2. L'Arlesienne-Suite Nr. 1 von Bizet.

3. a) Herzwunden, b) Vester Frühling, für Streich-
orchester von Ed. Grieg.

4. Fantasia-Ouvertüre „Romeo und Julia“ von
B. Tschairowski.

5. Fantasia aus der Oper „Ein Maskenball“ v. Verdi.

6. Schalkwalzer aus der Operette „Der Zigeuner-
baron“ von Joh. Strauß.

7. Hochzeitsmarsch aus „Sommertraum“ von
F. Mendelssohn.

Eintrittspreis für Nichtabonnenten 1 Mark.

20 Uhr:

Weber-Wagner-Bist-Abend

1. Ouvertüre zur Oper „Der Freischütz“ von v. Weber.

2. Träume. Lied von Rich. Wagner.

3. Waldwehen aus „Siegfried“ von Rich. Wagner.

4. Siegfrieds Rheinfahrt aus „Götterdämmerung“
von Rich. Wagner.

5. Abarlodie Nr. 6 von F. v. Liszt.

6. Les Préludes, hinf. Dichtung von F. v. Liszt.

Eintrittspreis für Nichtabonnenten 1 Mark.

„Ritter der Luft.“ / Zeppelin-Helden im Weltkrieg.

21. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten).

Wieder im Gewitter.

Von der Plattform berichtet der Segelmacher: „Blitz von Wolke zu Wolke.“ Es gibt aber nur ein für „L. 59“: durch! Wieder umkehren? Das kommt nicht in Frage. Blitz aus dem Schiff.

Hin und wieder blitzen durch Wolkenschichten hindurch Lichter vom Mittelmeer herauf. Es ist der Feuerchein der Dampfkessel, der zu den Schornsteinen hinausgeht.

Die elektrischen Luftströmungen werden so stark, daß die Antenne des „L. 59“ eingeholt werden muß und die Funkstation ausgeschaltet ist. Es beginnt hart zu regnen. Das Wetter, Himmel und Meer, scheinen sich gegen die Afrikafahrt des Schiffes zu verschwören zu haben. „L. 59“ tanzt in Sturm und Regen zwischen Höhen und Tiefen hin und her.

Plötzlich Alarm von der Plattform: „Schiff brennt!“

Aber es ist Gott sei Dank nicht so schlimm. Der Segelmacher hat sich getäuscht. Was er sieht, ist St. Elmsfeuer. Alle Metallteile leuchten bläulich-violett.

Aber jetzt kommt „L. 59“ allmählich aus der Wetterbank heraus. In der Morgenämmerung, die nur ein paar Minuten in diesen Breiten dauert, trocknet das Schiff schnell. Es wird leichter und steigt.

Afrika!

In der Ferne erkennt man durch die Doppelgläser einen nebelgrauen Strich: die afrikanische Küste. Zum ersten Male fährt ein deutsches Luftschiff über afrikanisches Land.

Der Golf von Solum kommt in Sicht. Das Luftschiff überfliegt die Küste.

Und jetzt geht es über die Unendlichkeit der libyschen Wüste. Hier und da, nach Stunden und Stunden, einmal eine Oase. Ganz vereinzelt auch einmal eine Karawane, die erschreckt aufeinander flieht. Sonst aber nichts, als die Endlosigkeit der gelben sandigen Wellenberge. Kilometer um Kilometer.

„L. 59“ steuert fast genau Nord-Süd-Kurs. Die Temperaturunterschiede zwischen dem spärlichen Wetter in Europa und dem tropischen Klima Afrikas machen sich durch abnormes Ansteigen des Thermometers bemerkbar. Die Hitze beansprucht die Motoren und das Getriebe aufs Stärkste. In die Endlosigkeit der Fahrt bringen zuweilen Nebelungen der Großfunkstation Rufen. Bis hierher, bis in die Wüste geht ihr Reich!

„L. 59“ nähert sich jetzt dem Nil. Als die Abendröte schon den Himmel bedeckt, sieht man voraus eine langgestreckte Wüste, die in reinem Purpur glänzt. Eine fata Morgana? Man steuert näher an die Wüste heran. Und entdeckt plötzlich, daß sie aus einem Zug rosenfarbener Flamingos besteht. Das Rittal aufwärts geht die Fahrt nach Süden. Immer nach Süden.

Aber dem Sudan.

Das Luftschiff fährt wieder durch die Nacht, fährt über dem Sudan. Navigiert nach den Gestirnen. Im Jodkali-Licht sieht man gelblich die Silhouetten hoher Berge.

In der ersten Frühe des Tages taucht Chartum auf. Es ist jetzt nicht mehr weit bis zu Lettow-Vorbed. Kommandant

und Besatzung atmen auf. Jetzt ist es sicher, daß man bis zum Rafonde-Hochland kommen wird. Die Expedition muß glücken. Die Expedition wird glücken.

Funkbefehl: „Zurück!“

Da kommt plötzlich ein Chiffre-Funkpruch des Admirals: „Lechter Stützpunkt Lettow-Vorbed, Kevala, verloren gegangen. Ganzes Rafonde-Hochland im Besitz der Engländer. Teile Lettowos gefangen. Rest nördlich hart bedrängt. Sofort umkehren!“

Wer kann sich vorstellen, wie es in diesem Augenblick an Bord des Luftschiffes, wie es in jedem einzelnen Mann da oben aussieht! Umkehren! So kurz vor dem Ziel! Mut und Verzweiflung. Die Häupte ballen sich. Aber es hilft nichts: „L. 59“ muß umkehren.

Das Schiff fährt zurück. Fährt zurück durch hundertlei neue Gefahren, hat den Austrieb verloren, muß Lasten und Munition abwerfen, windet und schlängelt sich durch die feindliche Aufmerksamkeit, durch die meteorologischen Gefahren zurück nach Jamboli. Legt im ganzen 6757 Kilometer zurück, also eine längere Strecke als von Jamboli bis nach dem Rafonde-Hochland.

Wer gab den Befehl?

Es ist bis heute noch nicht aufgeklärt worden, wer eigentlich den Befehl zur Umkehr gegeben hat. Es findet sich auch in der berühmten Geheimakte „Chinasache“, unter der die Afrikafahrt des „L. 59“ in der Kriegszeit geführt wurde, kein Vermerk darüber. Tatsache ist, daß Lettow-Vorbed zu jener Zeit, da der Funkpruch gegeben wurde, keineswegs in Bedrängnis war, daß er im Gegenteil gerade neue militärische Erfolge im Rafonde-Hochland hatte, daß er erst Wochen später mit seinen Tapferen in die Hände der Feinde fiel.

Es gibt eine Theorie, die viel Wahrscheinlichkeit für sich hat: daß der Funkpruch, der den Befehl zur Rückfahrt gab, von England aus, sei es durch einen Spion aus Ruwen oder von einem englischen Sender aus, gesandt wurde. Dann der vorzüglichen Spionage-Organisation der Engländer waren sie vermutlich auch über die Afrikafahrt des deutschen Luftschiffes orientiert und haben mit dem Funkpruch eine gezielte Gegenmaßnahme getroffen.

Dennoch steht die Afrikafahrt des „L. 59“ einzig in der Geschichte der Luftschiffahrt als Pionierleistung da.

Am 7. April 1918 flog „L. 59“ zu seiner Todesfahrt auf. Aber der Straße von Otranto wurde das Luftschiff abgeschossen und stürzte brennend ins Meer. Kapitänleutnant Bodholz fand mit seiner tapferen Besatzung den Tod. Ein schlichter Stein in Jamboli gedenkt noch heute der Helden.

Im Dunkel mit feindlichen Fliegern.

Oberleutnant J. E. Richard Frey schildert Gesichte mit englischen Fliegern.

Am 13. Juni 1917 erhielten wir vom Führer der Luftschiffe den Befehl, uns für die kommende Nacht zu einer Fernaufklärung bereitzustellen. Wir sollten mit unserem „L. 46“ einen Vorstoß in das Gebiet der Hoofden unternehmen, um dort den Handels-

verkehr zu beobachten. Damit unser Luftschiff nicht etwa schon von feindlichen Seefahrzeugen gesichtet werden konnte, sollten wir bei Nacht unseren Anmarsch vollziehen.

Wenn ein Seemann am 13. eines Monats austreten soll, dann hat er immer gewisse Bedenken, dann hat er immer das Gefühl, irgend etwas wird nicht klappen. Aber gegen einen Befehl gibt es kein Rucken.

Wir flogen also am 13. Juni in den späten Abendstunden auf und fuhren ungehindert über die Nordsee nach Westen. Am 14. vormittags fanden wir auf unserer Position im Sperrgebiet konnten aber außer einigen neutralen Dampfern und Seglern, die alle vorchriftsmäßige Abzeichen führten, nichts Besonderes beobachten.

Ein englisches Seeflugzeug!

Da plötzlich, gegen Mittag, kommt ein großes englisches Seeflugzeug, eins von den Curtissbooten, achtern auf. Mit unheimlicher Schnelligkeit. Himmel und Hölle! Wie hat sich der Flieger nur so schnell an uns herangemacht?

Er hat eine leichte, vielfach unterbrochene Wellenbede angenommen, die etwa in 3000 Meter Höhe lag, hatte geschickt sich von Wolke zu Wolke laviert und sich so unserer Sicht entzogen.

Er ist jetzt verdammt nahe. Alles darf passieren, nur ein nicht: der Engländer darf nicht über unser Luftschiff kommen.

Der Kampf um die Höhe.

Wir sind für einen Flieger eine Zielscheibe, die kaum von einem Maschinengewehr verfehlt werden kann. Unser Schiff ist 200 Meter lang und hat 25 Meter Durchmesser. Ein Kunststück, daran vorbeizufahren.

Wir müssen steigen. Steigen um jeden Preis. Unsere Lage ist bedenklich genug. Der Flieger kann sich schneller hochschrauben als wir steigen können. Jetzt ist der Flieger schon so nahe, daß wir deutlich seine beiden Zylinder erkennen können. Sie werden sich ihrer Reute schon sehr sicher fühlen! Wir können nicht mehr damit rechnen, daß wir mit dem Leben davonkommen.

Der Kampf um die Höhe beginnt. Wir geben unserem Schiff eine Schräglage von etwa 20 Grad und schießen mit aller Kraft die die Motoren hergeben, nach oben. Der Flieger nimmt uns jetzt unter Maschinengewehrfeuer. Er schießt aber mißrätel, da er selbst noch im Steigen ist. Gott sei Dank!

Wer denkt an künstliche Atmung?

Wir kommen höher und höher. 4000 Meter. 4500. 5000 Meter. 5500 Meter!

Mit unserem Maschinengewehr in der vorbereiten Gonde erwidern wir das Feuer des Flugzeuges. Es ist ein richtiges Duell. Die Nerven sind so angespannt, daß sie im Kopf und in den Schläfen hämmern. Das Tad-Tad der Maschinengewehre kann jede Sekunde denen da drüben oder uns den Tod bringen.

Wir hätten längst die künstlichen Atmungsgeräte um den Hals legen müssen. Unser Atem ist verdammt kurz geworden in der dünnen Luft dieser Höhe. Aber wir haben nicht eine Minute Zeit zu verlieren. Wir müssen immer noch steigen. Jeder bei uns an Bord tat an seinem Platz das Beste, er gibt das Beste her. Wir tauchen um jeden Meter Höhe.

(Fortsetzung folgt.)

Die Frühjahrskur der Südländer.
Wenn der Südeuropäer vom heißen Klima gezwungen wird, seine Verdauung von Zeit zu Zeit mit Ritzus zu regulieren, so ist für den Nordeuropäer eine kleine Hilfe für den Magen, auch wenn er nicht krank ist, ebenso unerlässlich. Ein halber Teelöffel oder 2-3 Tabletten Bullrich Salz nach jeder Mahlzeit genommen, läßt Verdauungsstörungen erst gar nicht aufkommen.

Bullrich-Salz
NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ
Packing nur 0,30
Tabletten nur 0,25

Gebt den Blinden Arbeit!

Räder u. Stühle werden neu geflochten u. repariert. Gramophon-Reparatur d. Spezialisten. - Klavierstimmen. Stridarbeiten. Bürsten und Belen all. Art. Hauptverkaufsstelle Blindenanstalt. Nebenverkaufsstelle im Laden Marktstr. 36 bei Seife. Blindenanstalt - Rolf Blindenführer. Bachmayerstraße 11. Telefon 26436. F. 11

Wissen Sie schon
daß der
Deutsche Klopfer
ca. 35% billiger ist als
ausländ. Konkurrenz?
dabei bedeutend leistungsfähiger!



Klopft, bürstet, saugt
auch tief eingetrag. Schmutz.

Preis nur:
RM. 275.— auch in Raten zahlbar!

Rufen Sie 27736 an und verlangen Sie prakt. Vorführung

Erich Stephan
Kl. Burgstraße Ecke Käfnergasse 187

Geh.-Instandsetzung Bill u. gut. Sol. Handarb. Herr. Gehlen 250. Hied 1.20. Dam. Gehlen 1.70. Hied 0.70. Weichstraße 1.

Konkurs - Ausverkauf!

Das reichhaltige Warenlager der Konkursmasse
Fl. Kuhne, Wiesbaden, Webergasse 23
bestehend aus: F564
Kurz- und Modewaren
wie Tücher, Schals, Spitzen, Kragen, Schnallen, Halsbänder, Halsketten usw.
nabe ich einem Konkurs-Ausverkauf unterstellt und bietet sich günstige Gelegenheit die Waren zu und unter dem Einkaufspreis zu erwerben **Konkursverwalter.**

Kupferkessel
Gebr. Fliegen
Kupferschmiederei
Wagmannstraße 37
Ecke Goldgasse.

Gasherde
aller Systeme
Jacob Post
Hochstätten-
straße 2
altrenommiertes Fachgeschäft.

NORDSEE
Diese ganze Woche:
Blutfrischer Nordsee-Seelachs Pfd. 25
la weißes Fischfilet Pfd. 50
Unser Schlager:
Prima deutsche Heringe 10 Stück 50
Michelsberg 1

Die moderne Hausfrau
reinigt ihre Linoleum- und Parkettböden mit Parkettblank, weil sie hierdurch viel Zeit spart und ihren Böden ein prachtvolles Aussehen gibt. Der Liter kostet 70 Pf., bei größerer Abnahme billiger.

Bohnerwachs 1-Pfd.-Dose **45 Pf.**
Hartglanz-Bohnerwachs
Flüssiges Bohnerwachs
Boden-Wachsbeizen.
Kaufen Sie Ihr Wachs beim Fachmann, da Ihnen dann die Gewähr für Qualitätsware gegeben ist.

400 g Kernseife 25 Pf.
1a Seifenflocken . . . ½-Pfd.-Beutel **40 Pf.**
Fußboden-Stauböl Liter **50 Pf.**
Mop-Oel . . . 100 g **25 Pf.**, im Liter billiger.
Vorstreich-Oelfarbe Pfd. **50 Pf.**
1a Bernstein-Fußbodenlack
in jeder gewünschten Farbe **1.60**
½ Dose = 1 kg netto Inhalt
Pinzel für jeden Zweck preiswert
1a Schmierseife Pfd. **28 Pf.**
Putzwolle, Parketttücher, Scheuertücher

5% Rabatt

Alexi Jünke Tauber
Michelsberg 9 Kals.-Fr.-Ring 80 Adelheidsr. 84
Tel. 27652 Tel. 26520 Tel. 22121

Reste xx. unben. Preisen
Crêpe de chine
Crêpe Georgette
für Kleider, Binsen, Besatz usw. .Mtr. **2.90**
Krawattenstoff-Reste **50**
zum Selbstanfertigen (Schnitte gratis)
Rosenstrauch, Webergasse 14.

In meinen Schaufenstern in der Langgasse zeige ich

den **2. Teil** einer kompletten, sehr schönen Aussteuer: **U. J.**

Bett- und Tischwäsche. — Weitere folgen.

Weberei und Wäschefabrik

Theodor Werner

Webergasse, Ecke Langgasse

Todesfälle in Wiesbaden.

Soß August, Privatier, 86 Jahre, Luisenstr. 22, † 20. 4.
von Kottig-Jarndendorf Maria, Oberpramenerin, 18 Jahre, Müllerstraße 1, † 20. 4.
Schrumpf Ferdinand, Eisenbahnportier a. D., 76 Jahre, Johannisberger Straße 5, † 21. 4.
Pfaff Ludwig, Zugführer, 63 Jahre, Jahnstr. 46, † 21. 4.

Todesfälle in W.-Biebrich.

Wagner Elisabeth, Ehefrau, 55 Jahre, Hopfgartenstraße 10, † 22. 4.

Zahn-Praxis Paul Augustat

Ecke Moritzstr. und Adelheidstr. 34 hier neu eröffnet

Langjährige Fachtätigkeit im In- und Auslande bei nur ersten Autoritäten, 20 Jahre in eigener Praxis.

Plombierungen in schonendster Behandlung. Moderner künstlicher Zahnersatz in höchster künstlerischer Vollendung unter voller gesetzlicher Garantie.

Zur Einführung u. in d. Leistungsfähigkeit bekannt zu werden, habe ich die Barzahlungspreise für die folgenden Arbeiten auf das äußerste herabgesetzt:

20 kar. Goldkronen RM. 20.—
 Porzellanplomben RM. 4.—
 Platingoldamalgaemplomben RM. 3.—
 Künstliche Zähne von RM. 2.— an

Spezialität: Stahlgebisse.
 Konsultationen u. Kostenanschläge gratis.
 Durchgehend geöffnet.

Statt Karten.

Else Aenderl
Richard Polkläsener
 grüßen als Verlobte

Wiesbaden, den 23. April 1931

Schiersteiner Str. 20. 11

Dotzheimer Str. 24

April
23
 Donnerstag

Letzter Tag!

Vortrag mit

Schau-

kochen

im neuen



**Senking-
 Gasherd**

nachmittags ab 3½ Uhr in
 meinem Vortragssaal I. Etage

Kochen — Backen — Braten — Grillen

L. D. JUNG

Kirchgasse 47 — Ecke Mauritiusplatz

Am 21. April verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlags mein lieber Mann, mein lieber Vater und Schwiegervater

Ferd. Schrumpf

Eisenbahnportier a. D.

im 77. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, Johannisberger Straße 5.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. April um 14½ Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Nach kurzem Leiden verschied unerwartet unser langjähriges Vereinsmitglied, Mitglied des Fachausschusses und Prüfungsmeister für das Buchdruckgewerbe im Bezirk der Handwerkskammer Wiesbaden

Herr Phil. Dembach

im 56. Lebensjahr.

Wir betrauern in dem Entschlafenen einen lieben, um unser Gewerbe sehr verdienten Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken widmen werden.

Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.
Bezirksverein Wiesbaden

Heinrich Ritter, Vorsitzender.

F503

Robert Winkelbach

Prachtvolle Füchse in allen Farben sehr billig

Sommerrmantel-Besatz in großer Auswahl

Aufbewahrung v. Pelz- u. Winter-
 Mänteln, Autodecken u. Fußsäcken
 unter voller Garantie.

Hälnergasse 1, gegenüber Hotel „Weiße Lilien“

MÖBEL auf KREDIT

bis zu zwei Jahren liefert leistungs-
 fähiges Möbelhaus unter strengster
 Diskretion. An Beamte und Fest-
 angestellte evtl. ohne Anzahlung.
 Verlangen Sie gratis reichhaltigen
 Möbelkatalog od. Vertreterbesuch
 unt. Offert. **F. 289** Tagbl.-Verlag.

Rörigs Garten-Möbel-Emaillen

weiß, rot, grün, sowie alle anderen gewünschten Töne ergeben bei dünnem Anstrich hochglänzende, äußerst elastische und allen Witterungs-Einflüssen trotzen Lackierungen. Sie eignen sich für Holz-, Rohr- und Eisenmöbel. Unsere Gartenmöbel-Emaillen setzen nicht ab und sind daher stets gebrauchsfertig. ¼-kg-Dose Mk. 3.30, ½-kg-Dose Mk. 1.75. **AUGUST RÖRIG & CO.**, Lack-, Farben- und Kittfabrik, Wiesbaden, Marktstraße 6, Telefon 22500. Gegr. 1895. 330

Bleikristall

für Geschenkwende
 abethaft billig

Julius Mollath

1048 Schulberg 2

Tapeten

bekannt billig **Wagner**,
 Rheinfr. 79, feine Tadeln.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang unseres

Lieblings Walter

sagen wir auf diesem Wege allen, besonders der Krankenschwester Hella und ihren beiden Mitschwester von Station Xb für ihre aufopfernde Pflege, sowie Herrn Pfr. Pabst, seinem Lehrer und der Schulklasse unsern aufrichtigsten Dank.

Familie Gg. Erbach

Taunusstraße 49

Herrn Ludwig Pfaff

Zugführer

nach kurzem schwerem Leiden zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Frau Katharina Pfaff
 und alle Angehörigen.

Wiesbaden, den 21. April 1931.
 Jahnstraße 46.

Die Trauerfeier findet am Freitag, 12 Uhr in der Leichenhalle auf dem Südfriedhof statt.

In Königstein (Taunus) starb am 15. April infolge eines Schlaganfalles meine geliebte Mutter

Frau Tillie von Arent

geb. Wissmann.

In tiefem Schmerz:

Lillian von Arent

zur Zeit Hotel Bellevue Baden-Baden.

Die Beisetzung fand in aller Stille am 20. April 1931 in Baden-Baden statt.

1286

